
Vorlesung FH Dortmund – Fachbereich Informatik – Wintersemester 2023/24

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

oder

**was Geschäftsleitung, Vertrieb und Entwicklung schon immer wissen
wollten, aber nicht zu fragen wagten!**

Problem- und praxisorientierte Tipps für die Vertragsgestaltung

Rechtsanwalt Prof. Wolfgang Müller
Fachanwalt für Informationstechnologierecht
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht
Schlichter / Schiedsrichter nach SOBau
Honorarprofessor der Technischen Universität Dortmund und
Lehrbeauftragter der Fachhochschule Dortmund

Schlüter Graf Rechtsanwälte PartG mbB, Dortmund / Hamburg / Dubai

E-Commerce

oder

„So kann man auch verkaufen!?”

Im Rahmen des **E-Commerce** sind die verschiedenen gesetzlichen Regelungen zu beachten!!!

Diese beruhen zum Teil ursprünglich:

auf deutschem Recht



auf europäischen Vorgaben, die ins deutsche Recht umgesetzt worden sind



Eingebettet sind diese im Rahmen der gesetzlichen Regelungen über „**Verbraucherträge und besondere Vertriebsformen**“

Diese finden sich im deutschen Recht in den



§ § 312 ff. BGB

Zu nennen sind hierbei insbesondere die folgenden Vorschriften:

1. Kapitel: Anwendungsbereich

§ 312 BGB „Anwendungsbereich“,

§ 312a BGB „Allgemeine Pflichten und Grundsätze bei Verbraucherträgen“ i.V.m. Artikel 246 EGBGB,

2. Kapitel: Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge

§ 312b BGB „Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge“,

§ 312c BGB „Fernabsatzverträge“,

§ 312d BGB „Informationspflichten“ i.V.m. Art. 246a EGBGB,

§ 312e BGB „Verletzung von Informationspflichten über Kosten“ i.V.m. Artikel 246a EGBGB,

§ 312f BGB „Abschriften und Bestätigungen“ i.V.m. Artikel § 246a EGBGB,

§ 312g BGB „Widerrufsrecht“ i.V.m. § 355 BGB,

§ 312h BGB „Kündigung und Vollmacht zur Kündigung“,

3. Kapitel: Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr

§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“ i.V.m. Artikel 246c EGBGB,

§ 312j BGB „Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr gegenüber Verbrauchern“ i.V.m. Artikel 246a EGEBG,

4. Kapitel: Abweichende Vereinbarungen und Beweislast

§ 312k BGB „Abweichende Vereinbarungen“,

sowie in

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Problem- und praxisorientierte Tipps für die Vertragsgestaltung

E-Commerce / Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr

§ 355 BGB „Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen“;

§ 356 BGB „Widerrufsrecht bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und Fernabsatzverträgen“ i.V.m. § 246a EGBGB,

§ 356a BGB „Widerrufsrecht bei Teilzeit-Wohnrechteverträgen, Verträgen über ein langfristiges Urlaubsprodukt, bei Vermittlungsverträgen und Tauschsystemen“ i.V.m. § 482 Abs. 1, § 482a, § 483 Abs. 1 BGB und Art. 242 § 1 Abs. 2 EGEBG,

§ 356b BGB „Widerrufsrecht bei Verbraucherdarlehensverträgen“ i.V.m. § § 492 Abs. 2 und 494 Abs. 7 BGB,

§ 356c BGB „Widerrufsrecht bei Ratenlieferungsverträgen“, i.V.m. Art. 246 Abs. 3 EGBGB,

§ 357 BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und Fernabsatzverträgen mit Ausnahme von Verträgen über Finanzdienstleistungen“, i.V.m. Art. 246 EGBGB,

§ 357a BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von Verträgen über Finanzdienstleistungen“, i.V.m. Art. 247 EGBGB,

§ 357b BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von Teilzeit-Wohnrechteverträgen, Verträgen über ein langfristiges Urlaubsprodukt, Vermittlungsverträgen und Tauschsystemverträgen“;

§ 357c BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von weder im Fernabsatz noch außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Ratenlieferungsverträgen“, i.V.m. Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und Art. 246 Abs. 3 EGBGB

§ 358 BGB „Mit dem widerrufenen Vertrag verbundener Vertrag“,

§ 359 BGB „Einwendungen bei verbundenen Verträgen“,

§ 360 BGB „Zusammenhängende Verträge“,

§ 361 BGB „Weitere Ansprüche, abweichende Vereinbarungen und Beweislast“.

§ 355 BGB „Widerrufsrecht bei Verbraucherträgen“,

§ 356 BGB „Widerrufsrecht bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Fernabsatzverträgen“ i.V.m. § 246a EGBGB,

§ 356a BGB „Widerrufsrecht bei Teilzeit-Wohnrechteverträgen, bei Vermittlungsverträgen und Tauschverträgen“ i.V.m. Art. 242 § 1 Abs. 2 EGEBG, des Urlaubsprodukts, 483 Abs. 1 BGB

§ 356b BGB „Widerrufsrecht bei Verbraucherdarlehen“ i.V.m. Art. 246 Abs. 7 BGB,

§ 356c BGB „Widerrufsrecht bei Ratenlieferungsverträgen“ i.V.m. Art. 246 Abs. 7 BGB,

§ 357 BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Fernabsatzverträgen mit Ausnahme von Verträgen eines Urlaubsprodukts, Vermittlungsverträgen und Tauschverträgen“ i.V.m. Art. 246 Abs. 7 EGEBG,

§ 357a BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von Verträgen über das Internet“ i.V.m. Art. 246 Abs. 7 EGEBG,

§ 357b BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von Teilzeit-Wohnrechteverträgen, des Urlaubsprodukts, Vermittlungsverträgen und Tauschverträgen“ i.V.m. Art. 246 Abs. 7 EGEBG,

§ 357c BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von weder im Fernabsatz noch in geschlossenen Ratenlieferungsverträgen“, i.V.m. Art. 246 Abs. 3 EGEBG,

§ 358 BGB „Mit dem widerrufenen Vertrag verbundener Verträge“ i.V.m. Art. 246 Abs. 7 EGEBG,

§ 359 BGB „Einwendungen bei verbundenen Verträgen“, i.V.m. Art. 246 Abs. 7 EGEBG,

§ 360 BGB „Zusammenhängende Verträge“, i.V.m. Art. 246 Abs. 7 EGEBG,

§ 361 BGB „Weitere Ansprüche, abweichende Vereinbarungen und Beweislast“ i.V.m. Art. 246 Abs. 7 EGEBG,



§ 355 BGB „Widerrufsrecht bei Verbraucherträgen“,

§ 356 BGB „Widerrufsrecht bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Fernabsatzverträgen und Fernabsatzverträgen“ i.V.m. § 246a EGBGB,

§ 356a BGB „Widerrufsrecht bei Teilzeit-Wohnrechteverträgen, bei Vermittlungsverträgen und Tauschverträgen“ i.V.m. Art. 242 § 1 Abs. 2 EGEBG, des Urlaubsprodukt, 483 Abs. 1 BGB

§ 356b BGB „Widerrufsrecht bei Verbraucherdarlehen“ i.V.m. Art. 246 Abs. 1 BGB und 494 Abs. 7 BGB,

§ 356c BGB „Widerrufsrecht bei Ratenlieferungsverträgen“ i.V.m. Art. 246 Abs. 1 BGB,

§ 357 BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Fernabsatzverträgen mit Ausnahme von Verträgen des Urlaubsprodukt, Vermittlungsverträgen und Tauschverträgen“ i.V.m. Art. 246 Abs. 1 BGB,

§ 357a BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von Verträgen über das Urlaubsprodukt“ i.V.m. Art. 246 Abs. 1 BGB,

§ 357b BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von Teilzeit-Wohnrechteverträgen, des Urlaubsprodukt, Vermittlungsverträgen und Tauschverträgen“ i.V.m. Art. 246 Abs. 1 BGB,

§ 357c BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs von weder im Fernabsatzvertrag noch in einem anderen Vertrag geschlossenen Ratenlieferungsverträgen“, i.V.m. Art. 246 Abs. 1 BGB und 3 EGBGB

§ 358 BGB „Mit dem widerrufenen Vertrag verbundener Verträge“ i.V.m. Art. 246 Abs. 1 BGB,

§ 359 BGB „Einwendungen bei verbundenen Verträgen“, i.V.m. Art. 246 Abs. 1 BGB,

§ 360 BGB „Zusammenhängende Verträge“, i.V.m. Art. 246 Abs. 1 BGB,

§ 361 BGB „Weitere Ansprüche, abweichende Vereinbarungen und Beweislast“ i.V.m. Art. 246 Abs. 1 BGB,



*Na eigentlich
zunächst nur die
Regeln über
Fernabsatzverträge!*





Der Gesetzgeber unterscheidet zunächst einmal in:

(Allgemeine) **Verbraucherverträge**

Verbraucherverträge in Form von

außerhalb von **Geschäftsräumen**
geschlossene Verträge

Fernabsatzverträge





(Allgemeine) **Verbraucherverträge** sind



Verträge zwischen einem **Unternehmer** und
einem **Verbraucher**, § 310 Abs. 3 BGB.



Du Dummerchen!!!

Ein „**Verbraucher**“ ist nach
§ 13 BGB

jede **natürliche Person**, die
ein Rechtsgeschäft zu
einem Zwecke abschließt,
der weder ihrer
gewerblichen, noch ihrer
selbständigen beruflichen
Tätigkeit zugerechnet
werden kann!

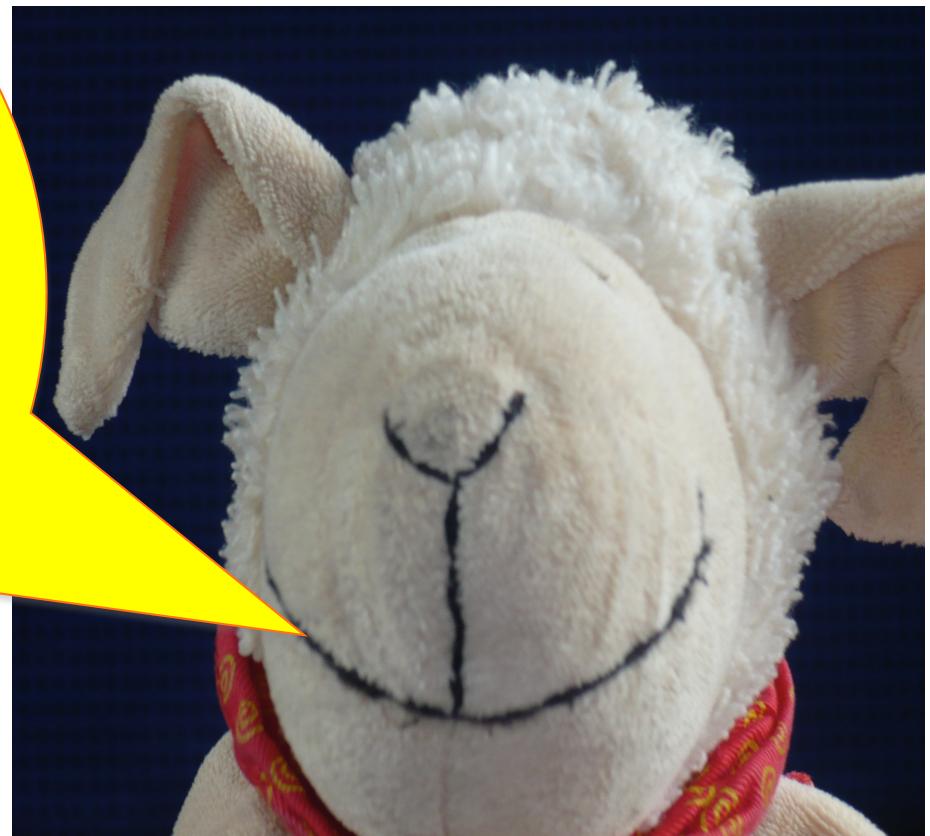






Ein „Unternehmer“ ist nach
§ 14 BGB

jede natürliche oder
juristische Person oder
eine rechtsfähige
Personengesellschaft, die
ein Rechtsgeschäft in
Ausübung ihrer
gewerblichen oder
selbständigen beruflichen
Tätigkeit handelt!





Auch du grüne Neune;
natürlich nicht! Das sagt
man doch juristisch nur
so!



Man unterscheidet insoweit zwischen:

Mensch = natürliche Person



Juristische Person = **Papiertiger!!!**



+





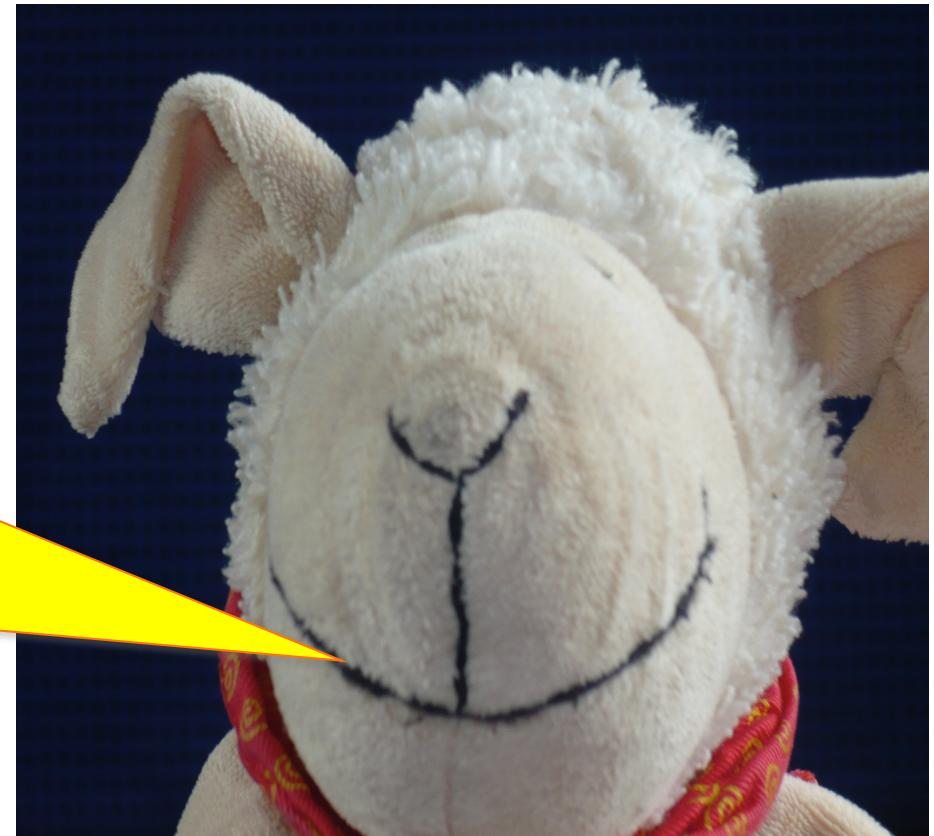
Eine „**rechtsfähige Personengesellschaft**“ ist nach § 14 BGB eine **Personengesellschaft**, die mit der Fähigkeit ausgestattet ist, Rechte zu erwerben und Verbindlichkeiten einzugehen!





Na z.B.:

- oHG
- KG
- PartG





(Allgemeine) **Verbraucherverträge** sind

Verträge zwischen einem **Unternehmer** und
einem **Verbraucher**, § 310 Abs. 3 BGB



Ein **Verbraucher** gemäß § 13 BGB
jede **natürliche Person**, die ein
Rechtsgeschäft zu Zwecken
abschließt, die überwiegend

- **weder** in ihrer **gewerblichen**
- **noch** ihrer **selbständigen**
beruflichen Tätigkeit

zugerechnet werden können.

Ein **Unternehmer** ist gemäß
§ 14 BGB eine

- **natürliche oder**
- **juristische Person oder**
- **eine rechtsfähige**
Personengesellschaft,
- die bei Abschluss eines Rechts-
geschäfts **in Ausübung** ihrer
gewerblichen oder selbständigen
beruflichen Tätigkeit handelt.



(Allgemeine) **Verbraucherverträge** sind

Verträge zwischen einem **Unternehmer** und
einem **Verbraucher**, § 310 Abs. 3 BGB

Ein **Verbraucher** gemäß § 13 BGB
jede **natürliche Person**, die ein
Rechtsgeschäft zu Zwecken
abschließt, die überwiegend

- **weder** in ihrer **gewerblichen**
- **noch** ihrer **selbständigen**
beruflichen Tätigkeit

zugerechnet werden können.

Ein **Unternehmer** ist gemäß
§ 14 BGB eine

- **natürliche oder**
- **juristische Person oder**
- **eine rechtsfähige**
Personengesellschaft,
- die bei Abschluss eines Rechts-
geschäfts **in Ausübung** ihrer
gewerblichen oder **selbständigen**
beruflichen Tätigkeit handelt.

die gem. § 312 Abs. 1 BGB **entgeltlich** geschlossen
wurden.

**„außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge“ sind gem.
§ 312b BGB**

Verträge zwischen einem **Unternehmer** und
einem **Verbraucher (Verbraucherverträge, s.o.)**,



1. die bei **gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit** des **Verbrauchers** und des **Unternehmers** an einem Ort geschlossen werden, der **kein Geschäftsräum** des Unternehmers ist (z.B. **Privatwohnung, Arbeitsplatz**) oder
2. für die der **Verbraucher** unter den in Nummer 1 genannten Umständen ein (bindendes) **Angebot** abgegeben hat und der **Unternehmer** dies **erst später in seinen Geschäftsräumen annimmt** oder
3. die **in den Geschäftsräumen des Unternehmers** oder durch **Fernkommunikationsmittel** geschlossen werden, bei denen der **Verbraucher** jedoch **unmittelbar zuvor außerhalb** der Geschäftsräume des Unternehmers bei **gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit** des **Verbrauchers** und des **Unternehmers** **persönlich und individuell angesprochen wurde** (**Drückerkolonnen vor Läden**), oder
4. die auf einem Ausflug geschlossen werden, der von dem **Unternehmer** oder mit seiner Hilfe organisiert wurde, um beim **Verbraucher** für den **Verkauf von Waren** oder die **Erbringung von Dienstleistungen zu werben** und **mit ihm entsprechende Verträge abzuschließen** (**Kaffee- und Butterfahrten** usw.).



Ein „Geschäftsraum“ ist nach § 312b Abs. 2 BGB

- ein unbeweglicher Gewerberaum, in dem der Unternehmer seine Tätigkeit dauerhaft ausübt
- oder
- ein beweglicher Geschäftsraum in dem der Unternehmer seine Tätigkeit gewöhnlich ausübt.





*Na ja, oder so
ähnlich!*





§ 312c BGB „Fernabsatzverträge“

Fernabsatzverträge sind Verträge über

- die **Lieferung von Waren** oder
- die **Erbringung von Dienstleistungen***, einschließlich Finanzdienstleistungen (z.B. Bankdienstleistungen), die zwischen einem **Unternehmer** und einem **Verbraucher** unter ausschließlicher Verwendung von **Fernkommunikationsmitteln** abgeschlossen werden, es sei denn, dass der Vertragsschluss nicht im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystem erfolgt.

Fernkommunikationsmittel sind gem. § 312c BGB Kommunikationsmittel,

- die zur **Anbahnung** oder
- zum **Abschluss**

eines Vertrags zwischen einem **Verbraucher** und einem **Unternehmer** ohne gleichzeitige körperliche Anwesenheit der Vertragsparteien eingesetzt werden können, insbesondere

- Briefe,
- Kataloge,
- Telefonanrufe,
- Telekopien,
- @-mails sowie
- Rundfunk, Tele- und Mediendienste.



*Der Begriff der Dienstleistungen ist wie stets in europarechtl. geprägten Normen i.S.d. AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, BGBI 08 II 1039) weit auszulegen. Er umfasst auch Miet-Werk- und Werklieferungsverträge, Geschäftsbesorgungsverträge, Reiseleistungen usw.



*Na da schaun wir
mal, dann sehn wir
schon!!!**



Für außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene
Verträge und Fernabsatzverträge gelten zahlreiche
Sonderregeln!!!

→ In der Regel sind diese Pflichten **identisch**, manchmal
unterscheiden sie sich aber auch geringfügig
voneinander, dienen aber demselben Zweck!



§ 312d BGB „*Informationspflichten*“

Der Unternehmer hat den **Verbraucher** bei (außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen und) **Fernabsatzverträgen** nach Maßgabe des **Artikels 246a EGBGB zu unterrichten**, § 312d Abs. 1 BGB!



Die **in Erfüllung dieser Pflicht gemachten Angaben** des Unternehmers **werden Inhalt des Vertrages**, es sei denn, die Vertragsparteien haben ausdrücklich etwas anderes vereinbart!

§ 312d BGB „*Informationspflichten*“

Der Unternehmer hat den **Verbraucher** bei **Fernabsatzverträgen** gemäß **§ 312d Abs. 1 BGB** nach Maßgabe des **Artikels 246a § 1 i.V.m. § 4 EGBGB zu unterrichten!**

Das heißt: Der **Unternehmer** muss dem **Verbraucher** - rechtzeitig **vor** **Abgabe** von dessen **Vertragserklärung** (**Artikel § 246a § 4 EGBGB**) - **folgende Informationen** in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise **klar und verständlich** und **unter Angabe des geschäftlichen Zwecks** zur Verfügung stellen:

1. die **wesentlichen Eigenschaften** der **Waren oder Dienstleistungen** in dem für das Kommunikationsmittel und für die Waren und Dienstleistungen angemessenen Umfang,
2. seine **Identität**, beispielsweise seinen **Handelsnamen**, sowie die Anschrift des Ortes, an dem er niedergelassen ist, seine **Telefonnummer und** gegebenenfalls seine Telefaxnummer und E-Mail-Adresse sowie gegebenenfalls die Anschrift und die Identität des Unternehmers, in dessen Auftrag er handelt,
3. zusätzlich zu den Angaben gemäß Nummer 2 die Geschäftsanschrift **des Unternehmers** und gegebenenfalls die Anschrift des Unternehmers, **in dessen Auftrag er handelt**, an die sich der Verbraucher mit jeder Beschwerde wenden kann, falls diese Anschrift von der Anschrift unter Nummer 2 abweicht,
4. den **Gesamtpreis** der Waren oder Dienstleistungen **einschließlich aller Steuern und Abgaben**, oder in den Fällen, in denen der Preis auf Grund der Beschaffenheit der Waren und Dienstleistungen vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden kann, die **Art der Preisberechnung sowie** gegebenenfalls alle **zusätzlichen Fracht-, Liefer- und Versandkosten und** alle **sonstigen Kosten**, oder in den Fällen, in denen diese Kosten vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden können, die Tatsache, dass solche zusätzlichen Kosten anfallen können,
5. im Falle eines **unbefristeten Vertrages** oder eines **Abonnement-Vertrages** den **Gesamtpreis**; dieser umfasst die **pro Abrechnungszeitraum anfallenden Gesamtkosten und**, wenn für einen solchen Vertrag Festbeträge in Rechnung gestellt werden, ebenfalls die **monatlichen Gesamtkosten**; wenn die Gesamtkosten vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden können, ist die Art der Preisberechnung anzugeben,



§ 312d BGB „*Informationspflichten*“

Der Unternehmer hat den **Verbraucher** bei **Fernabsatzverträgen** gemäß **§ 312d Abs. 1 BGB** nach Maßgabe des **Artikels 246a § 1 i.V.m. § 4 EGBGB zu unterrichten!**

Das heißt: Der **Unternehmer** muss dem **Verbraucher** - rechtzeitig **vor** Abgabe von dessen **Vertragserklärung** (**Artikel § 246a § 4 EGBGB**) - **folgende Informationen** in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise **klar und verständlich** und **unter Angabe des geschäftlichen Zwecks** zur Verfügung stellen:



-
6. Die **Kosten** für den Einsatz **des für den Vertragsschluss genutzten Fernkommunikationsmittels, sofern** dem Verbraucher Kosten berechnet werden, die über die Kosten für die bloße Nutzung des Fernkommunikationsmittels **hinausgehen**,
 7. die **Zahlungs-, Liefer- und Leistungsbedingungen**, den **Termin**, bis zu dem der Unternehmer die Waren liefern oder die Dienstleistung erbringen muss, und gegebenenfalls das Verfahren des Unternehmers zum Umgang mit Beschwerden,
 8. das **Bestehen eines gesetzlichen Mängelhaftungsrechts für Waren**,
 9. gegebenenfalls das **Bestehen und die Bedingungen von Kundendienst, Kundendienstleistungen und Garantien**,
 10. gegebenenfalls **bestehende einschlägige Verhaltenskodizes** gemäß Artikel 2 Buchstabe f der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 11.6.2005, S. 22) **und wie Exemplare davon erhalten werden können**,
 11. Gegebenenfalls die **Laufzeit des Vertrages oder** die **Bedingungen der Kündigung** unbefristeter Verträge und sich automatisch verlängernder Verträge,

§ 312d BGB „*Informationspflichten*“

Der Unternehmer hat den **Verbraucher** bei **Fernabsatzverträgen** gemäß **§ 312d Abs. 1 BGB** nach Maßgabe des **Artikels 246a § 1 i.V.m. § 4 EGBGB zu unterrichten!**

Das heißt: Der **Unternehmer** muss dem **Verbraucher** - rechtzeitig **vor** **Abgabe** von dessen **Vertragserklärung** (**Artikel § 246a § 4 EGBGB**) - **folgende Informationen** in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise **klar und verständlich** und **unter Angabe des geschäftlichen Zwecks** zur Verfügung stellen:



-
12. gegebenenfalls die **Mindestdauer der Verpflichtungen**, die der Verbraucher mit dem Vertrag eingeht,
 13. gegebenenfalls die Tatsache, dass der Unternehmer vom Verbraucher die **Stellung einer Kautions oder die Leistung anderer finanzieller Sicherheiten** verlangen kann, sowie **deren Bedingungen**,
 14. gegebenenfalls die **Funktionsweise digitaler Inhalte**, einschließlich **anwendbarer technischer Schutzmaßnahmen** für solche Inhalte,
 15. gegebenenfalls, soweit wesentlich, **Beschränkungen der Interoperabilität und der Kompatibilität digitaler Inhalte mit Hard- und Software**, soweit diese Beschränkungen dem Unternehmer bekannt sind oder bekannt sein müssen, und
 16. gegebenenfalls, dass der Verbraucher ein **außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren**, dem der Unternehmer unterworfen ist, nutzen kann, und dessen Zugangsvoraussetzungen.

§ 312d BGB „*Informationspflichten*“

Der Unternehmer hat den **Verbraucher** bei **Fernabsatzverträgen** gemäß **§ 312d Abs. 1 BGB** nach Maßgabe des **Artikels 246a § 1 i.V.m. § 4 EGBGB zu unterrichten!**

Das heißt: Der **Unternehmer** muss dem **Verbraucher** - rechtzeitig **vor** Abgabe von dessen **Vertragserklärung** (**Artikel § 246a § 4 EGBGB**) - **folgende Informationen** in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise **klar und verständlich** und **unter Angabe des geschäftlichen Zwecks** zur Verfügung stellen!



Soweit dem **Verbraucher** ein **Widerrufsrecht** nach **§ 312g Abs. 1 BGB** zusteht, muss der Unternehmer den Verbraucher gemäß **Artikel 246a § 1 Abs. 2 EGBGB** ferner

1. über die **Bedingungen**, die **Fristen** und das **Verfahren** für die Ausübung des Widerrufsrecht nach **§ 355 Abs. 1 BGB** sowie des **Muster-Widerrufsformulars** in der **Anlage 2 zu Artikel 246a EGBGB**,
2. gegebenenfalls darüber, dass der Verbraucher im Widerrufsfall die **Kosten für die Rücksendung der Waren zu tragen hat**, **und** bei Fernabsatzverträgen **zusätzlich** über die Kosten für die Rücksendung der Waren, wenn die Waren auf Grund ihrer Beschaffenheit **nicht auf dem normalen Postweg zurückgesendet werden können**, und
3. darüber, dass der Verbraucher dem Unternehmer bei einem Vertrag über die **Erbringung von Dienstleistungen oder** über die **nicht in einem bestimmten Volumen oder in einer bestimmten Menge vereinbarte Lieferung** von Wasser, Gas Strom oder die Lieferung von Fernwärme einen angemessenen Betrag nach **§ 357 Abs. 8 BGB** für die vom Unternehmer erbrachte Leistung schuldet, wenn der Verbraucher das Widerrufsrecht ausübt, nachdem er auf Aufforderung des Unternehmers von diesem ausdrücklich den Beginn der Leistung vor Ablauf der Widerrufsfrist verlangt hat

unterrichten!!!

§ 312d BGB „*Informationspflichten*“

Der Unternehmer **kann** diese Informationspflichten dadurch erfüllen, dass er das in der **Anlage 1** zu **Artikel 246a EGBGB** vorgesehene Muster für die Widerrufbelehrung **zutreffend ausgefüllt** in Textform übermittelt, **§ 246a § 1 Abs. 2 Satz 2 EGBGB!**



*Hierzu noch
später!*

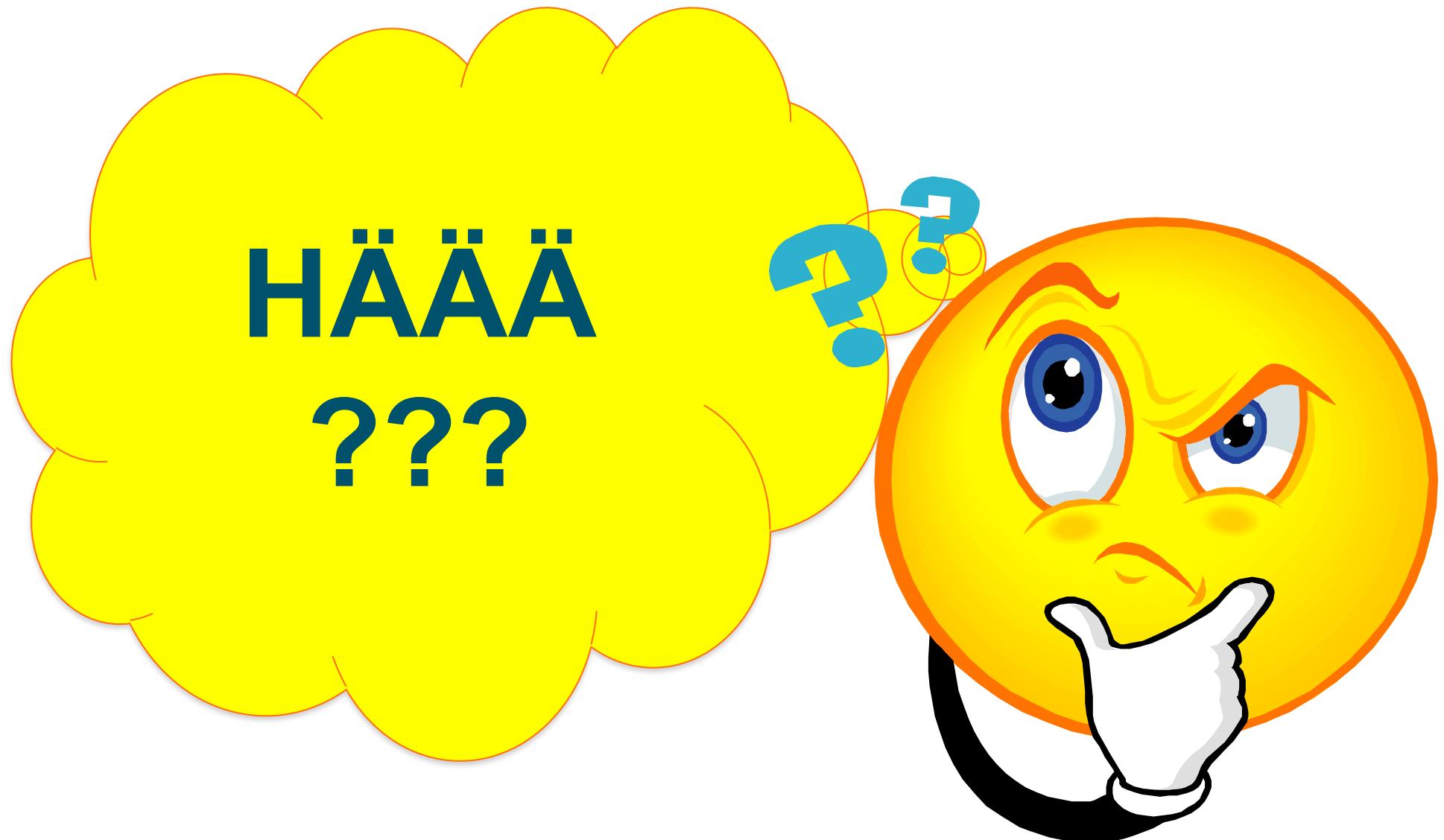


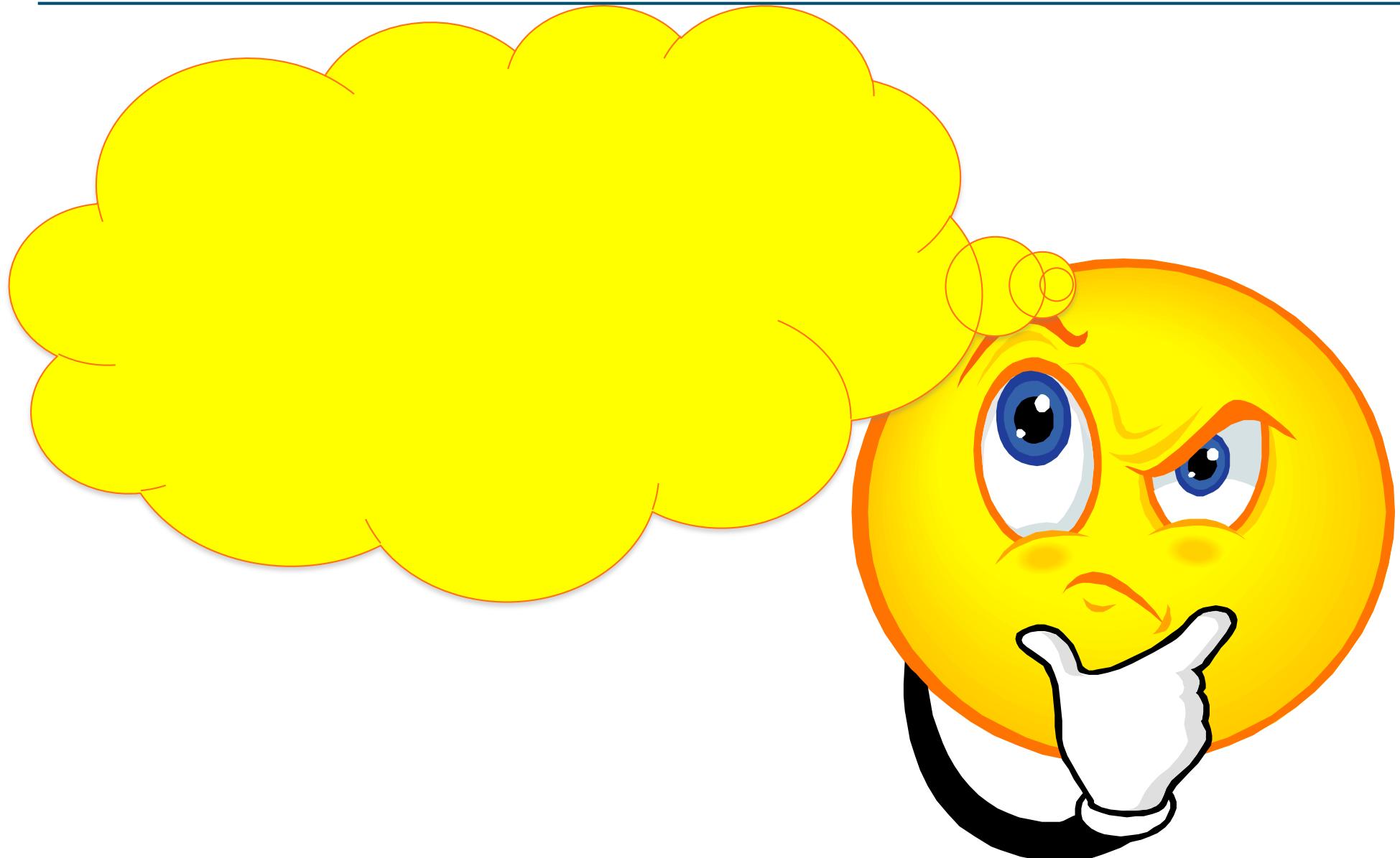
§ 312d BGB „*Informationspflichten*“

Soweit dem **Verbraucher** ein **Widerrufsrecht** nach **§ 312g Abs. 1 BGB zusteht**, muss der Unternehmer den Verbraucher gemäß **Artikel 246a § 1 Abs. 3** über das Widerrufsrecht **auch** informieren wenn:



1. dem Verbraucher nach **§ 312g Abs. 2 S. 1** Nummer 1, 2, 5 und 7 bis 13 BGB ein Widerrufsrecht **nicht zusteht**, so dass der Verbraucher seine Willenserklärung **nicht widerrufen kann**, oder
2. das **Widerrufsrecht** des Verbrauchers nach **§ 312g Abs. 2 S. 1 Nr. 3, 4 und 6** sowie **§ 356 Abs. 4 und 5** des Bürgerlichen Gesetzbuchs **vorzeitig erloschen kann**, über die Umstände, unter denen der Verbraucher **ein zunächst bestehendes Widerrufsrecht verliert**.





§ 312d BGB „*Informationspflichten*“

Der Unternehmer hat den **Verbraucher** bei (außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen und) **Fernabsatzverträgen** nach Maßgabe des **Artikels 246a EGBGB zu unterrichten**, § 312d Abs. 1 BGB!



Der Unternehmer hat darüber hinaus bei von ihm veranlassten Telefongesprächen seine **Identität** und den **geschäftlichen Zweck** des Kontakts **bereits zu Beginn** jeden Gesprächs ausdrücklich offenzulegen, § 312a Abs. 1 BGB!

§ 312d BGB „Informationspflichten“

Der Unternehmer hat den **Verbraucher** bei **Fernabsatzverträgen** gem. **§ 312d Abs. 1 BGB** nach Maßgabe des **Artikels 246a § 1 i.V.m. § 4 EGBGB zu unterrichten!**

Der **Unternehmer** muss dem **Verbraucher** - rechtzeitig **vor** Abgabe von dessen **Vertragserklärung** (**Artikel 246a i.V.m. § 4 EGBGB**) - **die Informationen** in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise **klar und verständlich** **und unter Angabe des geschäftlichen Zwecks** zur Verfügung stellen!



Achtung!!!

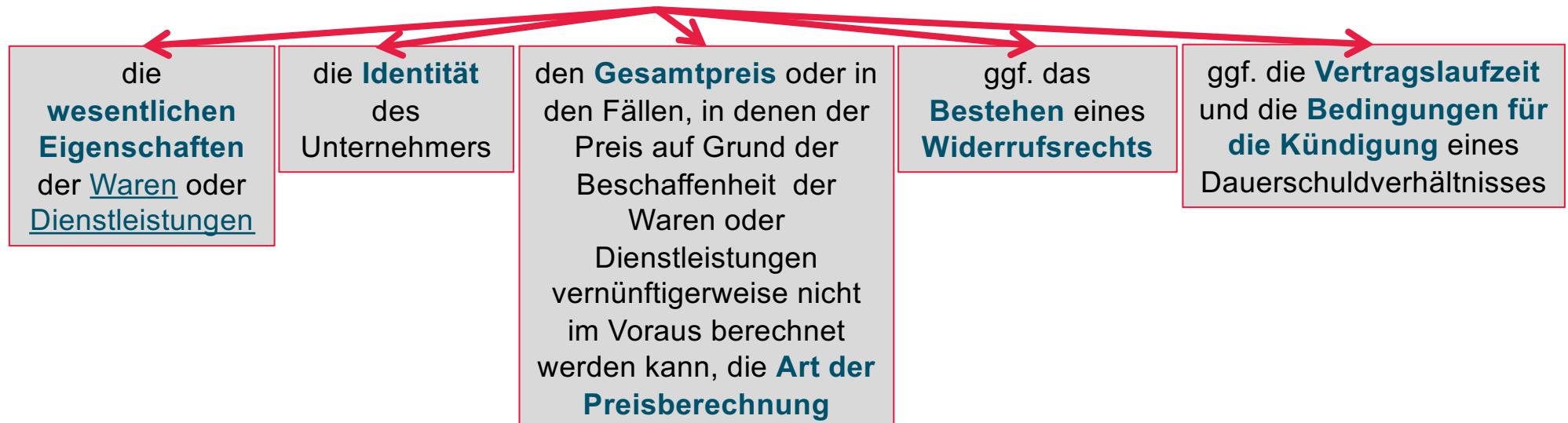
„Erleichterte“ Informationspflichten
gelten gemäß **Artikel 246a § 3 i.V.m. § 4 EGBGB**

„Erleichterte“ Informationspflichten gemäß **Artikel 246a § 3 i.V.m. § 4 EGBGB**

Soll ein Fernabsatzvertrag mittels eines **Fernkommunikationsmittels** geschlossen werden, das

1. **nur begrenzten Raum** oder
2. **begrenzte Zeit**

für die dem **Verbraucher** zu erteilenden Informationen bietet, ist der Unternehmer verpflichtet, dem Verbraucher mittels dieses Fernkommunikationsmittels **zumindest folgende Informationen** zur Verfügung zu stellen:



Aber Achtung: Die **weiteren Angaben** nach **Artikel 246a § 1 EGBGB** hat der Unternehmer gem. **Art. 246a § 3 S. 2 EGBGB** dem Verbraucher in geeigneter Weise unter Beachtung von **Artikel 246a § 4 Abs. 3 zugänglich zu machen (s.u.)**.

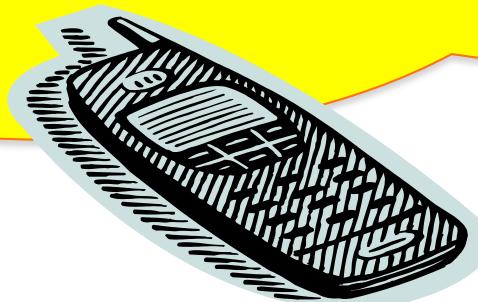
§ 312d BGB „Informationspflichten“

Was bitte ist

„ein
Fernkommunikationsmittel,
das nur begrenzten Raum
oder begrenzte Zeit für die
dem Verbraucher zu
erteilenden Informationen
bietet“???



*Na z.B. ein
Handy!!!*



§ 312d BGB „Informationspflichten“

Was bitte ist
mit einem
„Tablet u.ä.“???



***Gute Frage,
nächste Frage!!!***



§ 312d BGB „Informationspflichten“



§ 312d BGB „Informationspflichten“

Der Unternehmer hat den **Verbraucher** bei **Fernabsatzverträgen** gem. **§ 312d Abs. 1 BGB** nach Maßgabe des **Artikels 246a § 1 i.V.m. § 4 EGBGB zu unterrichten!**

Der **Unternehmer** muss dem **Verbraucher** - rechtzeitig **vor** Abgabe von dessen **Vertragserklärung** (**Artikel § 246a § 4 EGBGB**) - **die Informationen** in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise „**klar**“ und „**verständlich**“ zur Verfügung stellen!



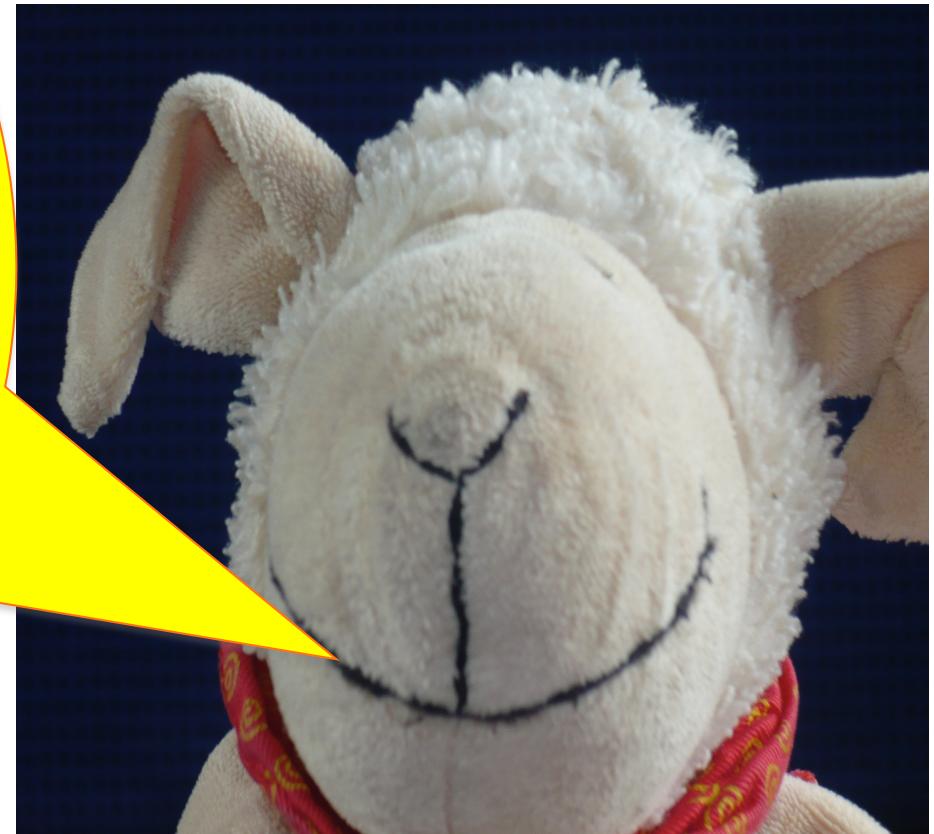
Was bitte ist nun
„klar“ und
„verständlich“???



Na ist doch klar:

***„klar“ und
„verständlich“!!!****

***Dabei ist den besonderen
Bedürfnissen von
Verbrauchern Rechnung
zu tragen, die wegen ihrer
geistigen oder
körperlichen Behinderung,
ihrer psychischen
Labilität, ihres Alters oder
ihrer Leichtgläubigkeit
besonders schutzbedürftig
sind!****



§ 312d BGB „Informationspflichten“

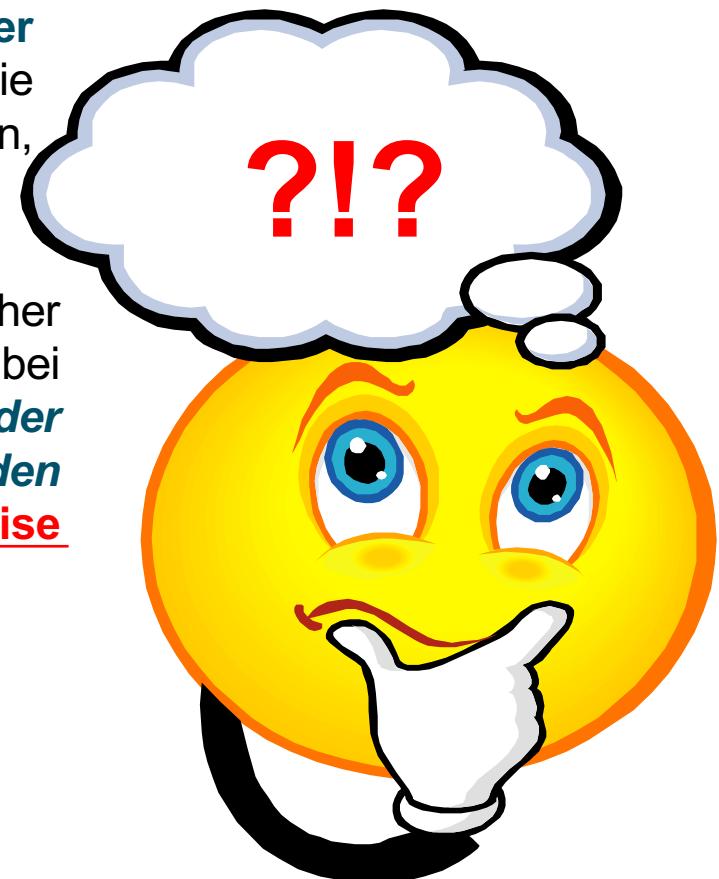


§ 312d BGB „Informationspflichten“

Bei einem Fernabsatzvertrag muss der Unternehmer ferner dem Verbraucher gemäß Artikel 246a § 4 Abs. 1 EGBGB die Informationen in einer dem benutzten Fernkommunikationsmittel angepassten Weise zur Verfügung stellen! Das heißt:

Soweit die Informationen auf einem dauerhaften Datenträger zur Verfügung gestellt werden, müssen sie lesbar sein, und die Person des erklärenden Unternehmers muss genannt sein, Artikel 246a § 4 Abs. 3 S. 2 EGBGB.

Abweichend von Satz 1 kann der Unternehmer dem Verbraucher die in § 3 Satz 2 genannten weiteren Informationen (also bei „Fernkommunikationsmitteln die nur begrenzten Raum oder begrenzte Zeit für die dem Verbraucher zu erteilenden Informationen bieten“ s.o.) in anderer geeigneter Weise zugänglich machen, Artikel 246a § 4 Abs. 3 S. 3 EGBGB.





Insoweit genügt die Angabe einer **gebührenfreien Telefonnummer oder** eines **Hypertext-Links zu einer Webseite des Unternehmens**, auf der die Informationen **unmittelbar und leicht zugänglich sind!***



§ 312e BGB „Verletzung von Informationspflichten über Kosten“

Der Unternehmer kann vom **Verbraucher** Fracht-, Liefer- oder **Versandkosten** **nur** verlangen, soweit er den Verbraucher über diese Kosten **entsprechend den Anforderungen aus § 312d Abs. 1 i.V.m. Artikel 246a § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 EGBGB informiert** hat!



§ 312e BGB „Verletzung von Informationspflichten über Kosten“

Der Unternehmer kann vom **Verbraucher** **Fracht-, Liefer-** oder **Versandkosten** **nur** verlangen, soweit er den Verbraucher über diese Kosten **entsprechend den Anforderungen aus § 312d Abs. 1 i.V.m. Artikel 246a § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 EGBGB informiert** hat!



„4. den **Gesamtpreis** der Waren oder Dienstleistungen **einschließlich aller Steuern und Abgaben**, oder in den Fällen, in denen der Preis auf Grund der Beschaffenheit der Waren und Dienstleistungen vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden kann, die **Art der Preisberechnung sowie** gegebenenfalls alle **zusätzlichen Fracht-, Liefer- und Versandkosten und** alle **sonstigen Kosten**, oder in den Fällen, in denen diese Kosten vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden können, die Tatsache, dass solche zusätzlichen Kosten anfallen können,“

§ 312d BGB „Informationspflichten“

Der Unternehmer hat den Verbraucher bei **Fernabsatzverträgen** gem. § 312d Abs. 1 BGB nach Maßgabe des **Artikels 246a § 1 i.V.m. § 4 EGBGB zu unterrichten!**

Das heißt: Der **Unternehmer** muss dem **Verbraucher** - rechtzeitig **vor** Abgabe von dessen **Vertragserklärung** (**Artikel § 246a § 4 EGBGB**) - **folgende Informationen** in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise **klar und verständlich** und unter Angabe des geschäftlichen Zwecks zur Verfügung stellen.



Weitere Informationspflichten ergeben sich für

- außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und **Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen** aus **Artikel 246b § 1 + § 2 EGBGB!**
- **Verbraucherdarlehensverträge, entgeltliche Finanzierungshilfen** und **Darlehensvermittlungsverträge** aus **Artikel 247 § 1 - § 17 EGBGB!**
- **Die Erbringung von Zahlungsdienstleistungen** aus **Artikel 248 § 1 - § 19 EGBGB**

Das aber nicht Hier und Heute!!!



**Und gibt's da
noch was?**



*Klar, was denkst
Du denn!!!*



§ 312f BGB „Abschriften und Bestätigungen“

Der Unternehmer hat dem **Verbraucher** bei **Fernabsatzverträgen** gem. § 312f Abs. 2 BGB:

1. innerhalb einer angemessenen Frist **nach Vertragsschluss**, spätestens jedoch **bei** Lieferung der **Ware** oder **bevor** mit der Ausführung der **Dienstleistung** **begonnen wird**, eine Bestätigung des Vertrags, in der der Vertragsinhalt wiedergegeben ist, auf einem **dauerhaften Datenträger** zur Verfügung zu stellen.



Die Bestätigung muss die in **Art. 246a EGBGB** genannten **Angaben** enthalten, es sei denn der Unternehmer hat dem Verbraucher diese Informationen bereits **vor Vertragsschluss in Erfüllung seiner Informationspflichten** nach § 312d Abs. 1 auf einem **dauerhaften Datenträger** zur Verfügung gestellt.

§ 312f BGB „Abschriften und Bestätigungen“



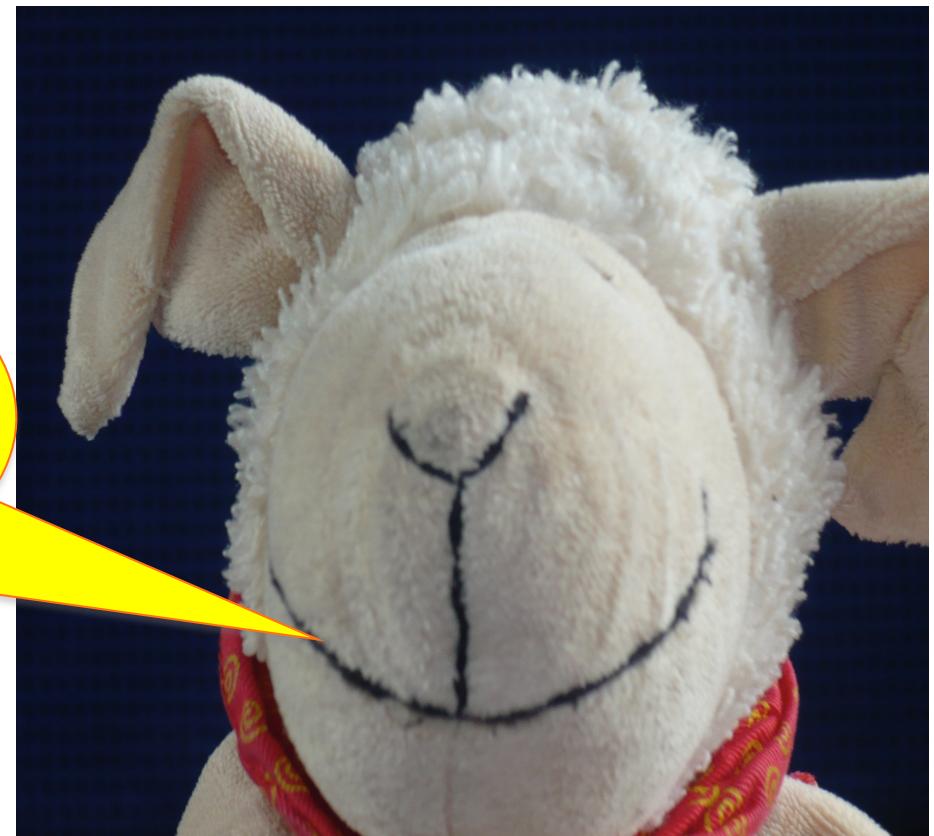
1. die **wesentlichen Eigenschaften** der **Waren oder Dienstleistungen** in dem für das Kommunikationsmittel und für die Waren und Dienstleistungen angemessenen Umfang,
2. seine **Identität**, beispielsweise seinen **Handelsnamen**, sowie die Anschrift des Ortes, an dem er niedergelassen ist, seine **Telefonnummer und** gegebenenfalls seine Telefaxnummer und E-Mail-Adresse sowie gegebenenfalls die Anschrift und die Identität des Unternehmers, in dessen Auftrag er handelt,
3. zusätzlich zu den Angaben gemäß Nummer 2 die Geschäftsanschrift **des Unternehmers** und gegebenenfalls die Anschrift des Unternehmers, **in dessen Auftrag er handelt**, an die sich der Verbraucher mit jeder Beschwerde wenden kann, falls diese Anschrift von der Anschrift unter Nummer 2 abweicht,
4. den **Gesamtpreis** der Waren oder Dienstleistungen **einschließlich aller Steuern und Abgaben**, oder in den Fällen, in denen der Preis auf Grund der Beschaffenheit der Waren und Dienstleistungen vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden kann, die **Art der Preisberechnung sowie** gegebenenfalls alle **zusätzlichen Fracht-, Liefer- und Versandkosten und alle sonstigen Kosten**, oder in den Fällen, in denen diese Kosten vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden können, die Tatsache, dass solche zusätzlichen Kosten anfallen können,
5. im Falle eines **unbefristeten Vertrages** oder eines **Abonnement-Vertrages** den **Gesamtpreis**; dieser umfasst die **pro Abrechnungszeitraum anfallenden Gesamtkosten und**, wenn für einen solchen Vertrag Festbeträge in Rechnung gestellt werden, ebenfalls die **monatlichen Gesamtkosten**; wenn die Gesamtkosten vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden können, ist die Art der Preisberechnung anzugeben,
6. Die **Kosten** für den Einsatz **des für den Vertragsschluss genutzten Fernkommunikationsmittels**, **sofern** dem Verbraucher Kosten berechnet werden, die über die Kosten für die bloße Nutzung des Fernkommunikationsmittels **hinausgehen**,
7. die **Zahlungs-, Liefer- und Leistungsbedingungen**, den **Termin**, bis zu dem der Unternehmer die Waren liefern oder die Dienstleistung erbringen muss, und gegebenenfalls das Verfahren des Unternehmers zum Umgang mit Beschwerden,
8. das **Bestehen eines gesetzlichen Mängelhaftungsrechts für Waren**,
9. gegebenenfalls das **Bestehen und die Bedingungen von Kundendienst, Kundendienstleistungen und Garantien**,
10. gegebenenfalls **bestehende einschlägige Verhaltenskodizes** gemäß Artikel 2 Buchstabe f der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 11.6.2005, S. 22) **und wie Exemplare davon erhalten werden können**,
11. Gegebenenfalls die **Laufzeit des Vertrages oder** die **Bedingungen der Kündigung** unbefristeter Verträge und sich automatisch verlängernder Verträge,
12. gegebenenfalls die **Mindestdauer der Verpflichtungen**, die der Verbraucher mit dem Vertrag eingeht,
13. gegebenenfalls die Tatsache, dass der Unternehmer vom Verbraucher die **Stellung einer Kaution oder** die **Leistung anderer finanzieller Sicherheiten** verlangen kann, sowie **deren Bedingungen**,
14. gegebenenfalls die **Funktionsweise digitaler Inhalte**, einschließlich **anwendbarer technischer Schutzmaßnahmen** für solche Inhalte,
15. gegebenenfalls, soweit wesentlich, **Beschränkungen der Interoperabilität und der Kompatibilität digitaler Inhalte mit Hard- und Software**, soweit diese Beschränkungen dem Unternehmer bekannt sind oder bekannt sein müssen, und
16. gegebenenfalls, dass der Verbraucher ein **außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren**, dem der Unternehmer unterworfen ist, nutzen kann, und dessen Zugangsvoraussetzungen.

§ 312f BGB „Abschriften und Bestätigungen“

**Au weia; und was
ist ein dauerhafter
Datenträger?**

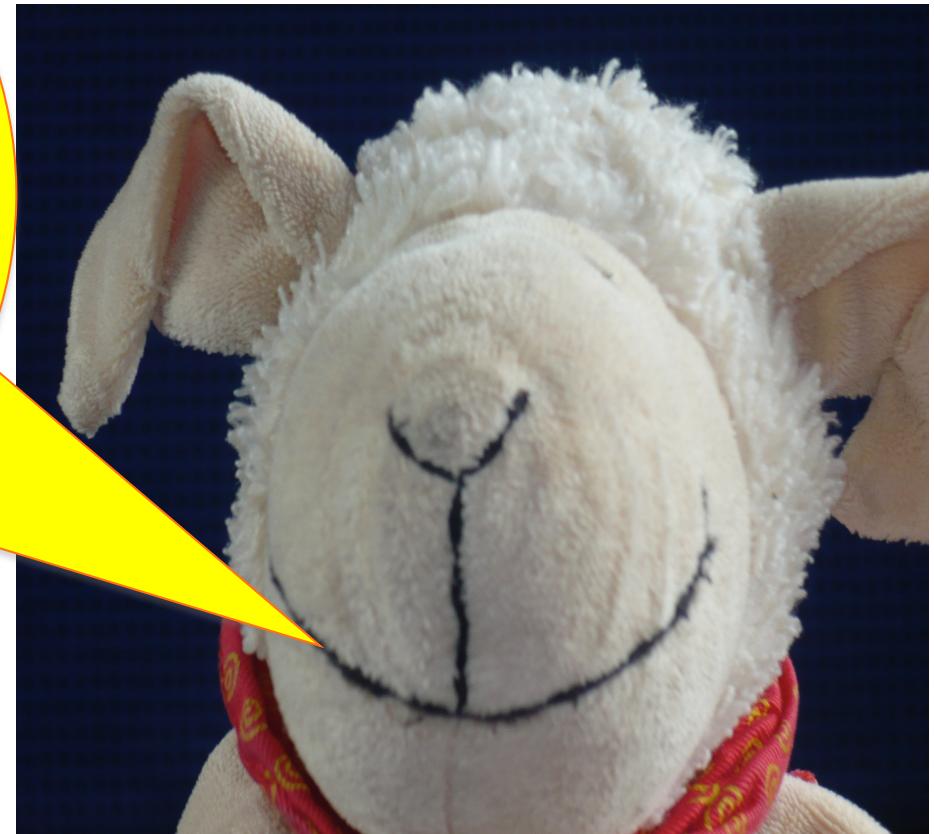


*Im Zweifel Papier,
das ja sehr
geduldig sein
soll!!!*



***Nein Spaß beiseite,
dauerhafte Datenträger sind
ferner****

- ***USB-Stick***
- ***CD-Rom***
- ***Speicherkarten***
- ***Festplatten***
- ***E-Mails***
- ***Computerfax***



§ 312f BGB „Abschriften und Bestätigungen“

Der Unternehmer hat dem **Verbraucher** bei außerhalb von Geschäftsraumen geschlossenen Verträgen und damit auch bei **Fernabsatzverträgen** gem. **§ 312f Abs. 2 BGB**:

1. innerhalb einer angemessenen Frist nach Vertragsschluss, spätestens jedoch bei Lieferung der Ware oder bevor mit der Ausführung der Dienstleistung begonnen wird, eine Bestätigung des Vertrags, in der der Vertragsinhalt wiedergegeben ist, auf einem **dauerhaften Datenträger** zur Verfügung zu stellen.



Die Bestätigung muss die in Art. 246a EGBGB genannten Angaben enthalten, es sei denn der Unternehmer hat dem Verbraucher diese Informationen bereits vor Vertragsschluss in Erfüllung seiner Informationspflichten nach § 312d Abs. 1 auf einem **dauerhaften Datenträger** zur Verfügung gestellt.

2. bei Verträgen über die **Lieferung von nicht auf einem körperlichen Datenträger befindlichen Daten**, die in **digitaler Form hergestellt und bereitgestellt werden (digitale Inhalte)**, auf der Abschrift oder in der Bestätigung des Vertrages **auch festzuhalten**, dass der Verbraucher – soweit dies zur Umsetzung kommt - vor Ausführung des Vertrags
 - (1) ausdrücklich zugestimmt hat, dass der Unternehmer mit der Ausführung des Vertrags **vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnt**, und
 - (2) seine Kenntnis davon bestätigt hat, dass er **durch seine Zustimmung mit dem Beginn der Ausführung des Vertrags sein Widerrufsrecht verliert**.

Rechtsfolge bei Nichtbeachtung des § 312f BGB:

Eine Verletzung der Vorschrift kann weitreichende Folgen haben!

Die Verletzung der Dokumentationspflicht kann bei einem bestehenden Schaden eine **Schadensersatzpflicht** auslösen.

Unter Umständen kann auch ein **Rücktrittsrecht** bestehen, wenn nämlich ein Festhalten am Vertrag nicht zuzumuten ist.

Bei einem **Abweichen** der Bestätigung vom Vertragsinhalt gilt die für den Verbraucher günstigere Regelung.



§ 312h BGB „Kündigung und Vollmacht zur Kündigung“

Wird zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher im Rahmen des elektronischen Geschäftsverkehrs ein **Dauerschuldverhältnis (z.B: Telefonvertrag, Zeitungsabo usw.) begründet**, das ein zwischen einem Verbraucher und einem anderen Unternehmer bestehendes Dauerschuldverhältnis ersetzen soll und wird anlässlich der Begründung des Dauerschuldverhältnisses von dem Verbraucher:

1. die **Kündigung** des bestehenden Dauerschuldverhältnisses **erklärt und** der Unternehmer oder ein von ihm beauftragter Dritter **zur Übermittlung der Kündigung** an den bisherigen Vertragspartner des Verbrauchers **beauftragt oder**
2. der Unternehmer oder ein von ihm beauftragter Dritter **zur Erklärung der Kündigung** gegenüber dem bisherigen Vertragspartner des Verbrauchers **bevollmächtigt**,

bedarf die Kündigung des Verbrauchers oder die Vollmacht zur Kündigung der **Textform!**



*War das jetzt
alles???*



Nö!!!



***Jetzt kommen
noch die
Regelungen über
Verträge im
elektronischen
Geschäftsverkehr!***





§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Im Zuge der Umsetzung der Art. 10 und 11 der **E-Commerce-Richtlinie*** der EU wurde im Bürgerlichen Gesetzbuch zunächst der § 312g ins BGB eingefügt. Im Rahmen der Neugestaltung der Verbraucherschutzregelungen enthält nunmehr der § 312i BGB entsprechende Regelungen.

Er statuiert bestimmte Pflichten des Unternehmers sofern sich dieser beim Vertragsschluss eines Tele- oder Mediendienstes (heute **Telemediendienstes**) bedient.

Hierbei handelt es sich insbesondere um Pflichten hinsichtlich:

- der Art und Weise des Erkennens von Eingabefehlern und deren Berichtigung, § 312i Abs.1 S.1 Nr.1 BGB,
- die Verpflichtung bestimmte Informationen vor Abgabe der Bestellung klar und verständlich mitzuteilen, § 312i Abs. 1 S.1 Nr. 2 BGB i.V.m. **Artikel 246c EGBGB**,
- hinsichtlich der Bestätigung des Zugangs einer Bestellung, § 312i Abs.1 S.1 Nr.3 BGB,
- der Kenntnisnahme und Speicherung der Vertragsbestimmungen und der AGB, § 312i Abs.1 S.1 Nr.4 BGB.

§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

• persönlicher Anwendungsbereich

Der Anwendungsbereich des § 312i BGB ist immer dann gegeben, wenn sich ein **Unternehmer** (§ 14 BGB) zum Zwecke des Vertragsschlusses über die Lieferung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen eines „**Telemediendienstes**“ bedient.



§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

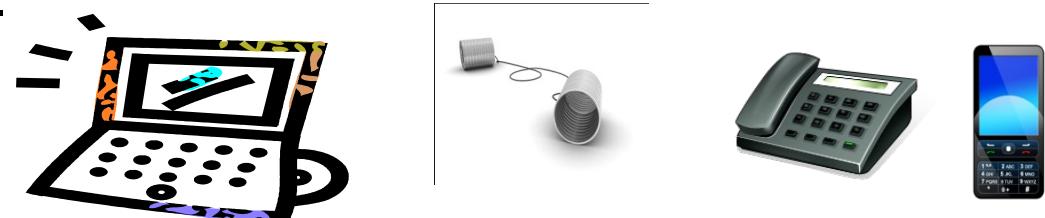
• persönlicher Anwendungsbereich

Der Anwendungsbereich des § 312i BGB ist immer dann gegeben, wenn sich ein **Unternehmer** (§ 14 BGB) zum Zwecke des Vertragsschlusses über die Lieferung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen eines „**Telemediendienstes**“ bedient.



• sachlicher Anwendungsbereich

§ 312i BGB findet sowohl auf Verträge Anwendung, bei denen die Lieferung der Ware oder die Erbringung von Dienstleistungen mittels sog. **TELEMEDIEN** offline erfolgt, als auch auf solche, bei denen die Lieferung der Ware oder die Erbringung von Dienstleistungen online erfolgt.



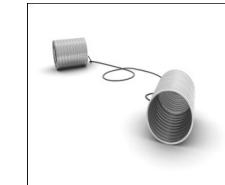
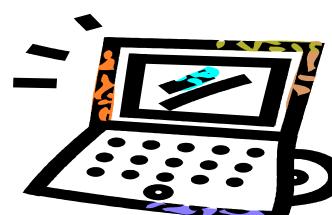
§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Telemedien sind alle elektronischen Informations- und Kommunikationsdienste, soweit sie **nicht** Telekommunikationsdienste nach § 3 Nr. 61 des Telekommunikationsgesetzes, die ganz in der Übertragung von Signalen über Telekommunikationsnetze bestehen, **telekommunikationsgestützte Dienste** nach § 3 Nr. 63 des Telekommunikationsgesetzes **oder** Rundfunk nach § 2 des Rundfunkstaatsvertrages sind.



• sachlicher Anwendungsbereich

§ 312i BGB findet sowohl auf Verträge Anwendung, bei denen die Lieferung der Ware oder die Erbringung von Dienstleistungen mittels sog. **TELEMEDIEN offline** erfolgt, als auch auf solche, bei denen die Lieferung der Ware oder die Erbringung von Dienstleistungen **online** erfolgt.



§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

In der Gesetzesbegründung wurden ausdrücklich aufgeführt:

- Online-Angebote von Waren/Dienstleistungen mit unmittelbarer Bestellmöglichkeit, wie Angebote von Verkehrs-, Wetter-, Umwelt- oder Börsendaten, Newsgroups, Chatrooms, elektronische Presse sowie Fernseh-, Radiotext.
- Video on Demand (VoD), soweit es sich nicht nach Form und Inhalt um ein Fernsehdienst im Sinne der Richtlinie 89/552 EWG (Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen) handelt, der also zum Empfang durch die Allgemeinheit bestimmt und nicht auf individuellen Abruf eines Dienstleistungsempfängers erbracht wird,
- Online-Dienste, die Instrumente zur Datensuche, zum Zugang zu Daten oder zur Datenabfrage bereit stellen, wie Internetsuchmaschinen usw. sowie
- die kommerzielle Verbreitung von Informationen über Waren-/Dienstleistungsangebote mit elektronischer Post wie Werbe-@-mails.

§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

In der Gesetzesbegründung wurden ausdrücklich aufgeführt:

- Online-Angebote
wie Angebote
Chatrooms

...en mit unmittelbarer Bestellmöglichkeit,
Börsendaten, Newsgroups,
...text.

- Vid
Fern
Gre
auf in

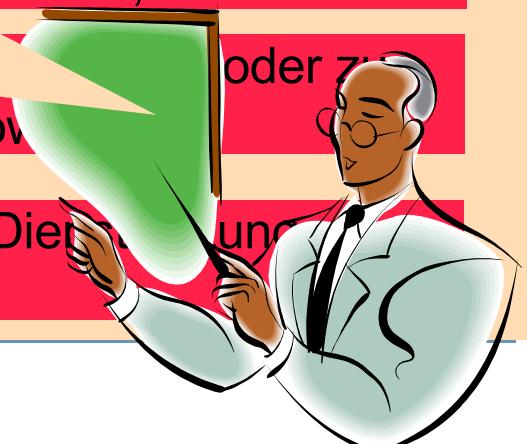
Achtung:
Bei **Telefongesprächen** gilt
ausschließlich § 312a + d
BGB und nicht zusätzlich
noch § 312i BGB!

... und Inhalt um ein
...ie Fernsehen ohne
einheit bestimmt und nicht
bracht wird,

- Online-D.
Datenabfrage bei

... zum Zug... oder zu
...maschinen usw. sowi

- die kommerzielle Verbreitung von Informationen über Waren-/Dienstleistungen
angebote mit elektronischer Post wie Werbe-@-mails.



§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Prüfungsschema zur Anwendbarkeit:

1. **persönlicher Anwendungsbereich**, § 312i Abs.1 BGB:
 - **Anbieter** ist **Unternehmer** i.S.v. § 14 BGB
 - **Kunde** ist entweder **Unternehmer** i.S.v. § 14 BGB **oder Verbraucher** i.S.v. § 13 BGB
 - Keine Anwendbarkeit auf Verträge **zwischen Verbrauchern** i.S.v. § 13 BGB
2. **sachlicher Anwendungsbereich**, § 312i Abs.1 BGB:
 - **online oder offline Lieferung von Waren oder Erbringung von Dienstleistungen**
 - **Nutzung eines Teledienstes bzw. Telemediendienstes** i.S.v. § 1 Abs. 1 S.1 TMG **zum Abschluss des Vertrags**, anwendbar deshalb bei Vertragsschluss via **Internet**, per **@-mail**, im **Telebanking** und **Teleshopping** sowie bei **online-Datenbanken** mit interaktiver Zugriffs- und Bestellmöglichkeit
3. **Ausschluss: keine individuelle Kommunikation**, § 312i Abs. 2 S. 1 BGB
 - **keine** Kommunikation bzw. Vertragsabschluss via @-mail Korrespondenz
 - **problematisch:** Einsatz v. automatisierten und standardisierten @-mails an eine Vielzahl von potentiellen Kunden zum Zwecke des Vertragsschlusses
4. **Ausschluss: keine anderweitige Vereinbarung**, § 312i Abs. 2 S. 2 BGB
 - Abschluss einer anderweitigen Vereinbarung **vor** dem elektronischen Vertragsabschluss
 - **Aber: Keine** Abbedingung von § 312i BGB im Verhältnis zum **Verbraucher** möglich!

§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Wenn und soweit § 312i BGB anwendbar ist, resultieren aus ihm zahlreiche Pflichten für den Anbieter:

1. Schaffung von Möglichkeiten zum Erkennen und zur Korrektur von Eingabefehlern, § 312i Abs. 1 S. 1 Nr.1 BGB.
2. Vorvertragliche Informationspflichten, § 312i Abs. 1 S. 1 Nr.2 BGB iVm. **Artikel 246c EGBGB**.
3. Unverzügliche Bestätigung der Bestellung, § 312i Abs.1 S.1 Nr.3 BGB.
4. Abrufbarkeit und Speicherbarkeit von Vertragsbestimmungen und AGB, § 312i Abs.1 S.1 Nr. 4 BGB.

§ 312i „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Schaffung von Möglichkeiten zum Erkennen und zur Korrektur von Eingabefehlern, § 312i Abs. 1 S. 1 Nr.1 BGB

Der Anbieter muss dem Kunden angemessene, wirksame und zugängliche technische Mittel zur Verfügung stellen, mit deren Hilfe dieser Eingabefehler beim Bestellvorgang vor Abgabe der Bestellung erkennen und berichtigen kann.

Diese Möglichkeit einen Eingabefehler zu erkennen, kann beispielsweise dadurch geschaffen werden, dass dem Kunden vor Abgabe seiner Bestellung in einer **Übersicht** die von ihm gewählten Artikel, mit genauer Bezeichnung, Typ, Stückzahl und Preis angezeigt werden. Zudem muss er die Möglichkeit haben Eingabefehler **korrigieren**.

→ Dies ist nicht nur **nicht** der Fall, wenn dies gar nicht möglich ist, sondern auch wenn dies nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist!

§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Vorvertragliche Informationspflichten, § 312i Abs. 1 S. 1 **Nr.2** BGB iVm.

Artikel 246c EGBGB

Der Anbieter hat dem Kunden **vor** Abgabe seiner Bestellung die in **Art. 246c EGBGB** dort in **Nr. 1- 5** angegebenen Informationen **klar** und **verständlich** mitzuteilen:

- Informationspflichten nach § 312i Abs.1 S.1 **Nr.2** BGB iVm. **Art. 246c EGBGB Nr.1**,
- Angaben hinsichtlich einer exakten Speicherung des **Vertragstextes** nach § 312i Abs.1 S.1 **Nr.2** BGB iVm. **Art. 246c EGBGB Nr.2**,
- Informationen über technische Mittel zum Erkennen von **Eingabefehlern** nach § 312i Abs.1 **Nr.2** BGB iVm. **Art. 246c EGBGB Nr.3**,
- Informationen über **Vertragssprachen** nach § 312i Abs.1 S.1 **Nr.2** BGB iVm. **Art. 246c EGBGB Nr.4**,
- Informationen zu **Verhaltenskodizes** nach § 312i Abs. 1 S.1 **Nr.2** BGB iVm. **Art. 246c EGBGB Nr. 5**;

§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Vorvertragliche Informationspflichten, § 312i Abs. 1 S. 1 **Nr.2** BGB iVm.

Artikel 246c EGBGB

Informationspflichten nach § 312i Abs.1 S.1 **Nr.2** iVm. **Art. 246c Nr.1**
EGBGB:

Der Anbieter hat den Kunden über die einzelnen technischen Schritte, die zu einem Vertragsschluss führen, zu informieren. Er muss den Kunden beispielsweise bei einem Online-Shop mit einem Warenkorb-System darüber informieren, wie Angebot und Annahme in die einzelnen technischen Schritte umgesetzt werden. Er muss dem Kunden also mitteilen, dass seine Warenkorblisten zunächst unverbindliche Aufforderungen zur Abgabe eines Angebots sind, während durch das Absenden der Bestellung ein Angebot des Kunden abgegeben wird, dass sodann z.B. durch eine Bestätigungs- / Annahme-@-mail des Anbieters oder die Warenversendung selbst angenommen wird.



§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Vorvertragliche Informationspflichten, § 312i Abs. 1 S. 1 **Nr.2** BGB iVm.

Artikel 246c EGBGB

Angaben hinsicht. einer exakten Speicherung des **Vertragstextes** nach

§ 312i Abs.1 S.1 **Nr.2** iVm. **Art. 246c Nr.2 EGBGB**:

Der Anbieter hat den Kunden darüber zu informieren, ob der **Vertragstext gespeichert** und ob er **zugänglich** sein wird.



§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Vorvertragliche Informationspflichten, § 312i Abs. 1 S. 1 **Nr.2** BGB iVm.

Artikel 246c EGBGB

Informationen über technische Mittel zum Erkennen von **Eingabefehlern**

nach § 312i Abs.1 **Nr.2** iVm. **Art. 246c Nr.3 EGBGB**:

Bei der Bestellung im Rahmen eines Online-Shops werden diese Mittel regelmäßig solche zur Korrektur der Bestellung sein. Wird dem Kunden also vor Abgabe seiner Bestellung diese noch einmal in einer Zusammenschau dargestellt und ihm weiter auf einer solchen zusammenfassenden Seite beispielsweise in der Form eines Button „***lösche Artikel***“ oder durch die **Deaktivierung** in einem neben dem jeweiligen Artikel platzierten Kästchens die Möglichkeit eingeräumt, bestimmte Artikel zu löschen oder die angegebene Stückzahl durch Änderung der Zahl oder eine Scrollfunktion zu ändern, genügt dies.

Landausflug St. Helena

Landausflug Madeira

§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Vorvertragliche Informationspflichten, § 312i Abs. 1 S. 1 **Nr.2** BGB iVm.

Artikel 246c EGBGB

Informationen über technische Mittel zum Erkennen von **Eingabefehlern**

nach § 312i Abs.1 **Nr.2** iVm. **Art. 246c Nr.3 EGBGB**:

Bei der Bestellung im Rahmen eines Online-Shops werden diese Mittel regelmäßig solche zur Korrektur der Bestellung sein. Wird dem Kunden also vor Abgabe seiner Bestellung dieses technischen Mittels einmal in einer Zusammenschau dargestellt und ihm weiter auf einer zusammenfassenden Seite beispielsweise in der Form einer **„aktive Artikel“** oder durch die **Deaktivierung** in einem neben dem aktuellen Artikel platzierten Kästchens die Möglichkeit eingeräumt, bestimmte Artikel zu löschen oder die angegebene Stückzahl durch Änderung der Zahl oder eine Scrollfunktion zu ändern, genügt dies.



Landausflug St. Helena

Landausflug Madeira



§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Vorvertragliche Informationspflichten, § 312i Abs. 1 S. 1 **Nr.2** BGB iVm.

Artikel 246c EGBGB

Informationen über **Vertragssprachen** nach § 312i Abs.1 S.1 **Nr.2** iVm.

Art. 246c **Nr.4** EGBGB:



Die Regelung hinsichtlich der **Vertragssprachen** soll dem Kunden die Möglichkeit bieten die **für ihn passende Sprache für den Bestellvorgang auszuwählen**. Dementsprechend sollte zu Beginn der Bestellseiten auf die zur Verfügung stehenden Sprachen hingewiesen werden. Dies kann z.B. dadurch geschehen, dass entweder vor Anzeigen der Bestellseite oder auf der Bestellseite ganz oben auf die zur Verfügung stehenden Sprachen deutlich z.B. mit **Buttons** in Form von Fahnen der Länder, deren Sprachen angeboten werden, hingewiesen wird.

§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Vorvertragliche Pflichten

Artikel 2

Informationen

Artikel

Der Hinweis auf mehrere Sprachen kann, falls nicht zugleich das **Liefergebiet beschränkt** wird, dazu führen, dass, wenn aus dem Bereich eines anderen EU-Staates bestellt wird, der Anbieter aufgrund der dort erfolgten Umsetzung der E-Commerce-Richtlinie die dementsprechenden Pflichten **des Besteller-landes** gegen sich gelten lassen muss!!!

stehende

Länder, deren

Achtung!!!

§ 312i Abs. 1 S. 1 **Nr.2** BGB iVm.

§ 312i Abs. 1 S. 1 **Nr.2** iVm.



... soll dem Kunden die **Sprache für den** ... sollte zu Beginn der **Sprachen** hingewiesen ... es entweder vor Anzeigen oben auf die zur Verfügung ... **lands** in Form von Fahnen der ... werden, hingewiesen wird.

§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Vorvertragliche Informationspflichten, § 312i Abs. 1 S. 1 **Nr. 2** BGB iVm.

Artikel 246c EGBGB

Informationen zu **Verhaltenskodizes** nach § 312i Abs. 1 S.1 **Nr. 2** iVm.

Artikel 246c **Nr. 5** EGBGB:

Mit dieser Norm werden besondere Nachweise der Produkt- oder Dienstleistungsqualität, wie z.B. einschlägige **DIN- oder ISO-Normen** erfasst, die vom Anbieter freiwillig erfüllt werden sollen und auf die – i.d.R. zu Werbezwecke – Bezug genommen wird.



§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Unverzügliche Bestätigung der Bestellung, § 312i Abs.1 S.1 Nr. 3 BGB,

Nach § 312i Abs.1 S.1 Nr. 3 BGB hat der Anbieter dem Kunden dessen Bestellung unverzüglich auf elektronischem Wege **zu bestätigen**.

Der Anbieter muss keine Vertragsannahme erklären. Es genügt die bloße elektronische Bestätigung der Kundenbestellung. In der Praxis erfolgt eine derartige Bestätigung per automatisierter **@-mail** oder **Computererklärung** sog. „**Autoreply**“ unmittelbar nach Abgabe der Bestellung des Kunden.



Achtung: Will der Anbieter lediglich seiner Verpflichtung nach **Nr. 3** nachkommen, aber noch keine Annahme erklären, um sich z.B. die Prüfung seines Lagerbestandes vorzubehalten, muss er dies deutlich machen.



§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Eine entsprechende Bestätigung könnte z.B. wie folgt formuliert sein:

„**Wir bestätigen den Eingang Ihrer Bestellung vom**
.....

Bitte beachten Sie, dass dies keine Annahmeerklärung im Sinne eines Vertragsangebotes darstellt.“

Achtung: Will der Anbieter lediglich seiner Verpflichtung nach **Nr. 3** nachkommen, aber noch **keine Annahme** erklären, um sich z.B. die Prüfung seines Lagerbestandes vorzubehalten, muss er dies deutlich machen.

s.1 S.1 **Nr. 3** BGB,
finden dessen
ätigen.

Es
den-
ber
g.
s



§ 312i BGB „Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Abrufbarkeit und Speicherbarkeit von Vertragsbestimmungen und AGB,
§ 312i Abs.1 S.1 **Nr. 4** BGB.

Der Anbieter hat dem Kunden die Möglichkeit zu verschaffen, sowohl die Vertragsbestimmungen, als auch die AGB **abzurufen** und in **wiedergabefähiger Form** zu speichern. Der Kunde kann die Vertragsbestimmungen und die AGB **dann** abrufen, wenn er diese in Schriftzeichen lesbar darstellen und – in den gängigen elektronischen Formaten **downloaden** sowie **speichern und ausdrucken** kann.



Sinnvoll ist es insoweit den **Acrobat Reader** von Adobe zum Download anzubieten und daraufhin zu weisen, dass es zum Abrufen und Abspeichern der Vertragsbestimmungen der AGB eines solchen bedarf.



Rechtsfolge bei der Nichtbeachtung des § 312i BGB:

Die **Wirksamkeit** des Vertrages wird im **B-2-B-Bereich** bei einer Verletzung der Vorschriften nicht verletzt!

Der Kunde hat allerdings einen **Schadensersatzanspruch** gegen den Anbieter wenn und soweit die Pflichtverletzung für den Abschluss des Vertrages oder einen ungünstigen Vertragsinhalt ursächlich war!

Unter Umständen besteht auch ein **Unterlassungsanspruch** eines **Konkurrenten** nach § 8 UWG!



***War das denn
jetzt alles???***



Nö!!!



*Jetzt kommen noch
die Regelungen über
Besondere Pflichten
im elektronischen
Geschäftsverkehr
gegenüber
Verbrauchern!*



§ 312j BGB „Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr gegenüber Verbrauchern“



Gemäß § 312j Abs. 1 BGB hat der Unternehmer auf **Webseiten für den elektronischen Geschäftsverkehr** zusätzlich zu den Angaben nach § 312i Abs. 1 BGB **spätestens bei Beginn des Bestellvorgangs** klar und deutlich anzugeben, ob **Lieferbeschränkungen** bestehen und welche **Zahlungsmittel** akzeptiert werden.

§ 312j BGB „Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr gegenüber Verbrauchern“



Gemäß § 312j Abs. 2 BGB muss der Unternehmer bei einem Verbrauchervertrag im elektronischen Geschäftsverkehr, der eine entgeltliche Leistung zum Gegenstand hat dem Verbraucher die Informationen gemäß Art. 246a § 1 Abs. 1 S. 1 Nummer 1, 4, 5, 11 und 12 EGBGB unmittelbar bevor der Verbraucher seine Bestellung abgibt klar und verständlich in hervorgehobener Weise zur Verfügung stellen.

also

§ 312j BGB „Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr gegenüber Verbrauchern“



Gemäß § 312j Abs. 2 BGB muss der Unternehmer bei einem Verbraucher-Vertrag im **elektronischen Geschäftsverkehr**, der eine **entgeltliche Leistung** zum Gegenstand hat dem Verbraucher die Informationen gemäß Art. 246a § 1 Abs. 1 S. 1 Nummer 1, 4, 5, 11 und 12 EGBGB unmittelbar bevor der Verbraucher seine Bestellung abgibt klar und **verständlich in hervorgehobener Weise zur Verfügung stellen.** **also**

1. die **wesentlichen Eigenschaften** der **Waren oder Dienstleistungen** in dem für das Kommunikationsmittel und für die Waren und Dienstleistungen angemessenen Umfang,
4. den **Gesamtpreis** der Waren oder Dienstleistungen **einschließlich aller Steuern und Abgaben**, oder in den Fällen, in denen der Preis auf Grund der Beschaffenheit der Waren und Dienstleistungen vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden kann, die **Art der Preisberechnung** **sowie** gegebenenfalls alle **zusätzlichen Fracht-, Liefer- und Versandkosten und alle sonstigen Kosten**, oder in den Fällen, in denen diese Kosten vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden können, die Tatsache, dass solche zusätzlichen Kosten anfallen können,
5. im Falle eines **unbefristeten Vertrages** oder eines **Abonnement-Vertrages** den **Gesamtpreis**; dieser umfasst die **pro Abrechnungszeitraum anfallenden Gesamtkosten und**, wenn für einen solchen Vertrag Festbeträge in Rechnung gestellt werden, ebenfalls die **monatlichen Gesamtkosten**; wenn die Gesamtkosten vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden können, ist die Art der Preisberechnung anzugeben,
11. Gegebenenfalls die **Laufzeit des Vertrages oder die Bedingungen der Kündigung** unbefristeter Verträge und sich automatisch verlängernder Verträge,
12. gegebenenfalls die **Mindestdauer der Verpflichtungen**, die der Verbraucher mit dem Vertrag eingeht,



Der Unternehmer kann gemäß § 312e BGB vom Verbraucher **Fracht-, Liefer- oder Versandkosten nur** verlangen, soweit er den Verbraucher über diese Kosten **entsprechend den Anforderungen aus § 312d Abs. 1** i.V.m. **Artikel 246a § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 EGBGB** informiert hat!

„4. den **Gesamtpreis** der Waren oder Dienstleistungen **einschließlich aller Steuern und Abgaben**, oder in den Fällen, in denen der Preis auf Grund der Beschaffenheit der Waren und Dienstleistungen vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden kann, die **Art der Preisberechnung sowie** gegebenenfalls alle **zusätzlichen Fracht-, Liefer- und Versandkosten und** alle **sonstigen Kosten**, oder in den Fällen, in denen diese Kosten vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden können, die Tatsache, dass solche zusätzlichen Kosten anfallen können,“

§ 312j BGB „Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr gegenüber Verbrauchern“



Gemäß § 312j Abs. 3 BGB hat der Unternehmer **ferner** die Bestellsituation bei einem Vertrag zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher **so** zu gestalten, dass der **Verbraucher** mit seiner Bestellung **ausdrücklich bestätigt, dass er sich zu einer Zahlung verpflichtet**.

Erfolgt die Bestellung über eine Schaltfläche, ist die Pflicht des Unternehmers nur erfüllt, wenn dieser diese Schaltfläche gut lesbar mit nichts anderem als den Wörtern „**zahlungspflichtig bestellen**“ **oder** **mit einer entsprechenden eindeutigen Formulierung beschriftet ist!**



§ 312j BGB „Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

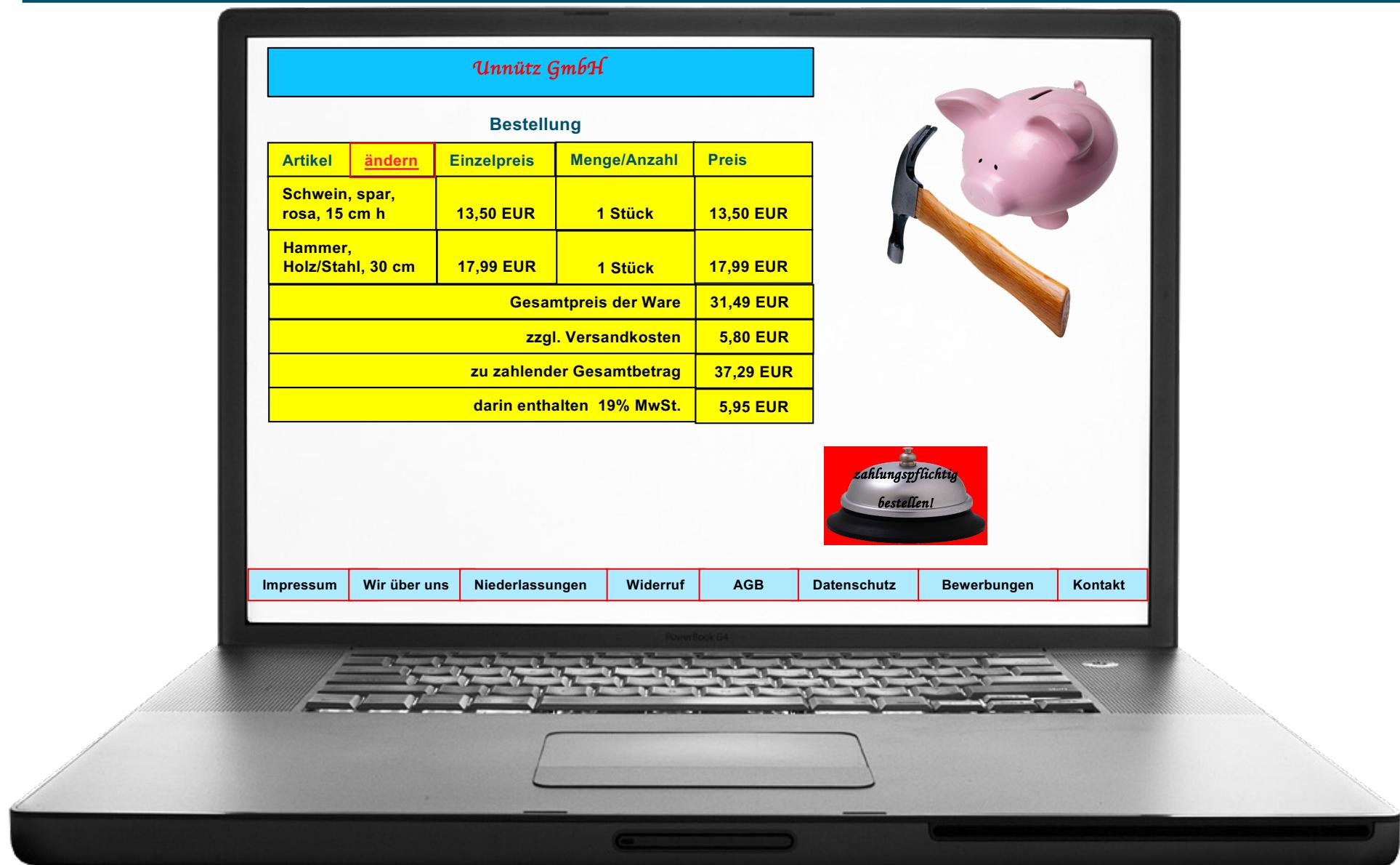
Gem. § 312j Abs. 4 BGB kommt ein Vertrag zwischen einem **Unternehmer** und einem **Verbraucher** nur zustande, wenn der Unternehmer seine Pflicht aus Abs. 3 **erfüllt hat!**



IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Problem- und praxisorientierte Tipps für die Vertragsgestaltung

E-Commerce / Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr



*Also noch mal für
Alle:*



§ 312i und § 312j BGB „Allgemeine und Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr“

Wenn und soweit § 312i und § 312j BGB anwendbar sind, resultieren aus ihnen also die folgenden **Pflichten** für den Anbieter:

1. Schaffung von Möglichkeiten zum Erkennen und zur Korrektur von Eingabefehlern, § 312i Abs. 1 S. 1 **Nr. 1** BGB.
2. Vorvertragliche Informationspflichten, § 312i Abs. 1 S. 1 **Nr. 2** BGB iVm. **Artikel 246c EGBGB**.
3. Unverzügliche Bestätigung der Bestellung, § 312i Abs. 1 S. 1 **Nr. 3** BGB.
4. Abrufbarkeit und Speicherbarkeit von Vertragsbestimmungen und AGB, § 312i Abs. 1 S. 1 **Nr. 4** BGB.
5. Angaben zu Lieferbeschränkungen und akzeptierten Zahlungsmitteln, § 312j **Abs. 1** BGB.
6. Darstellung der Informationen aus Art. 246a § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, 4, 5, 11, und 12 EGBGB in hervorgehobener Weise, § 312j **Abs. 2** BGB.
7. Einfügung einer Schaltfläche „zahlungspflichtig bestellen“, § 312j **Abs. 3** BGB.

Rechtsfolge bei der Nichtbeachtung der § 312i + j BGB:

Eine Verletzung der Vorschriften im **B-2-C-Bereich** hat in der Regel weitreichende Folgen!

Die Verletzung löst bei einem bestehenden Schaden **immer** eine **Schadensersatzpflicht** aus.

Unter Umständen, nämlich bei Verstoß gegen § 312j Abs. 3 BGB **kommt kein Vertrag zustande.**

Darüber hinaus kann der Verwender insbesondere von **Konkurrenten** und/oder **Verbraucherverbänden nach § 2 UKlaG oder § 8 UWG abgemahnt werden!**



§ 312k BGB „Abweichende Vereinbarungen und Beweislast“

Von diesen Vorschriften darf, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, **nicht zum Nachteil des Verbrauchers oder Kunden abgewichen werden, § 312k Abs. 1 S.1 BGB!**



Dumm gelaufen!!!



Die Vorschriften finden, soweit nichts anderes bestimmt ist, **auch Anwendung, wenn sie durch anderweitige Gestaltungen umgangen werden, § 312k Abs. 1 S.2 BGB!**



oder: Wir machen uns doch die Hose nicht mit der Kneifzange zu!!!



§ 312k BGB „Abweichende Vereinbarungen und Beweislast“

Der Unternehmer trägt gegenüber dem Verbraucher die **Beweislast** für die Erfüllung sämtlicher Informationspflichten in Bezug auf „**Fernabsatzverträge**“ und den „**elektronischen Geschäftsverkehr**“ **§ 312k Abs. 2 BGB!!!**



*Und jetzt kommen
wir endlich zum
Widerrufsrecht?*

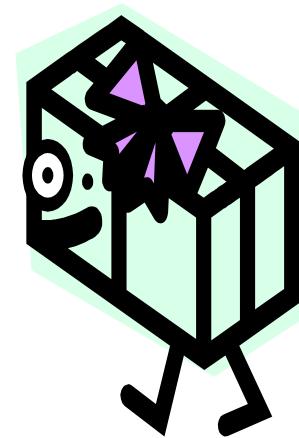
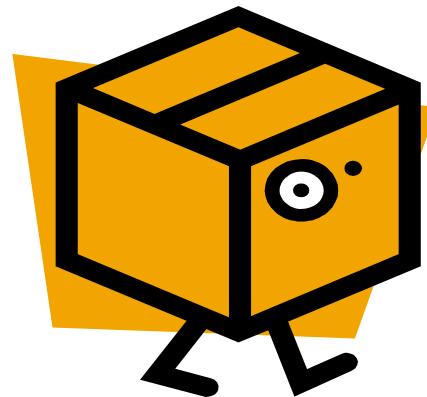


Jepp!!!



§ 312g BGB „Widerrufsrecht“

Dem **Verbraucher** steht bei bei **Fernabsatzverträgen** ein **Widerrufsrecht** nach **§ 355 BGB** zu, **§ 312g Abs. 1 S.1 BGB!**



§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Dem Verbraucher steht bei einem **Fernabsatzvertrag** ein **Widerrufsrecht** nach **§ 355 BGB** zu, **§ 312g Abs. 1 S. 1 BGB!**



Wird einem Verbraucher durch Gesetz ein **Widerrufsrecht** nach dieser Vorschrift eingeräumt, so ist er an seine auf den Abschluss des Vertrages gerichtete Willenserklärung **nicht mehr gebunden, wenn er sie fristgerecht widerrufen hat.** Der Widerruf muss **keine Begründung** enthalten aber aus der Widerrufserklärung **muß der Entschluss des Verbrauchers zum Widerruf des Vertrages eindeutig hervorgehen.**

Der Widerruf ist innerhalb der **Widerrufsfrist** gegenüber dem Unternehmer zu erklären; zur Fristwahrung genügt die **rechtzeitige Absendung, § 355 Abs. 1 BGB.**



§ 312g BGB „Widerrufsrecht“

Dem Verbraucher steht bei einem **Fernabsatzvertrag** ein **Widerrufsrecht** nach § 355 BGB zu, § 312g Abs. 1 S.1 BGB!



Das Widerrufsrecht besteht gem. § 312g Abs. 2 BGB, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, **nicht** bei

- Verträgen, zur Lieferung von Waren, die nicht vorgefertigt sind und für deren Herstellung eine **individuelle Auswahl** oder **Bestimmung** durch den Verbraucher maßgeblich ist oder die **eindeutig auf die persönlichen Bedürfnisse des Verbrauchers zugeschnitten** sind (z.B. **Maßhemden** usw),
- Verträgen zur Lieferung von Waren, die **schnell verderben** können oder **deren Verfallsdatum schnell überschritten** würde (z.B. **Lebensmittel** wie **Kuchen, Bananen** aber kein alter **Whiskey**, aber auch **Strom** und **Gas**, weil der sofortige Verbrauch eine **besondere Form des Verderbs** ist),
- Verträge zur Lieferung versiegelter Waren, die aus Gründen des **Gesundheitsschutzes** oder der **Hygiene** nicht zur Rückgabe geeignet sind (z.B. **Fertiggerichte** und **Kosmetik-/Hygieneartikel** → nicht: **Badeente**),
- Verträge zur Lieferung von Waren, wenn diese nach der Lieferung **auf Grund ihrer Beschaffenheit untrennbar mit anderen Gütern vermischt** wurden (z.B. **Heizöl**),
- Verträge zur Lieferung **alkoholischer Getränke**, deren Preis bei Vertragsschluss vereinbart wurde, die aber **frühestens 30 Tage nach Vertragsschluss geliefert werden können** und deren aktueller Wert von Schwankungen auf dem Markt abhängt, auf die der Unternehmer **keinen Einfluss** hat (z.B. **vin en primeur**),
- Verträge zur Lieferung von **Ton- oder Videoaufnahmen** oder **Computersoftware** in einer versiegelten Packung, wenn die Versiegelung nach der Lieferung entfernt wurde (**Achtung:** nötig ist ein **eindeutiges Siegel**, bloße **Klarsichtfolien** oder **Tesafilm** genügen nicht),

§ 312g BGB „Widerrufs- und Rückgaberecht“

Das Widerrufsrecht besteht gem. § 312g Abs. 2 BGB, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, **ferner nicht** bei

- Verträgen, zur Lieferung von **Zeitungen, Zeitschriften** oder **Illustrierten** mit Ausnahme von **Abonnement-Verträgen**,
- Verträgen zur Lieferung von Waren oder zur Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich Finanzdienstleistungen, **deren Preis von Schwankungen auf dem Finanzmarkt abhängt, auf die der Unternehmer keinen Einfluss hat und die innerhalb der Widerrufsfrist auftreten können**, insbesondere Dienstleistungen im Zusammenhang mit **Aktien**, mit **Anteilen an offenen Investmentvermögen** im Sinne von § 1 Abs. 4 Kapitalanlagegesetzbuch und mit **anderen handelbaren Wertpapieren, Devisen, Derivaten oder Geldmarktinstrumenten**,
- Verträge zur Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen **Beherbergung zu anderen Zwecken als zu Wohnzwecken, Beförderung von Waren, Kraftfahrzeugvermietung, Lieferung von Speisen und Getränken** sowie zur Erbringung weiterer Dienstleistungen **im Zusammenhang mit Freizeitbetätigungen**, wenn der Vertrag für die Erbringung einen spezifischen Termin oder Zeitraum vorsieht,
- Verträge die im Rahmen einer Vermarktungsform geschlossen werden, bei der der Unternehmer Verbrauchern, die persönlich anwesend sind oder denen diese Möglichkeit gewährt wird, Waren oder Dienstleistungen anbietet, und zwar in einem vom Versteigerer durchgeführten, auf konkurrierenden Geboten basierenden transparenten Verfahren, bei dem der Bieter, der den Zuschlag erhalten hat, zum Erwerb der Waren verpflichtet ist (**öffentlich zugängliche Versteigerung, nicht ebay** u.ä),



§ 312g BGB „Widerrufs- und Rückgaberecht“

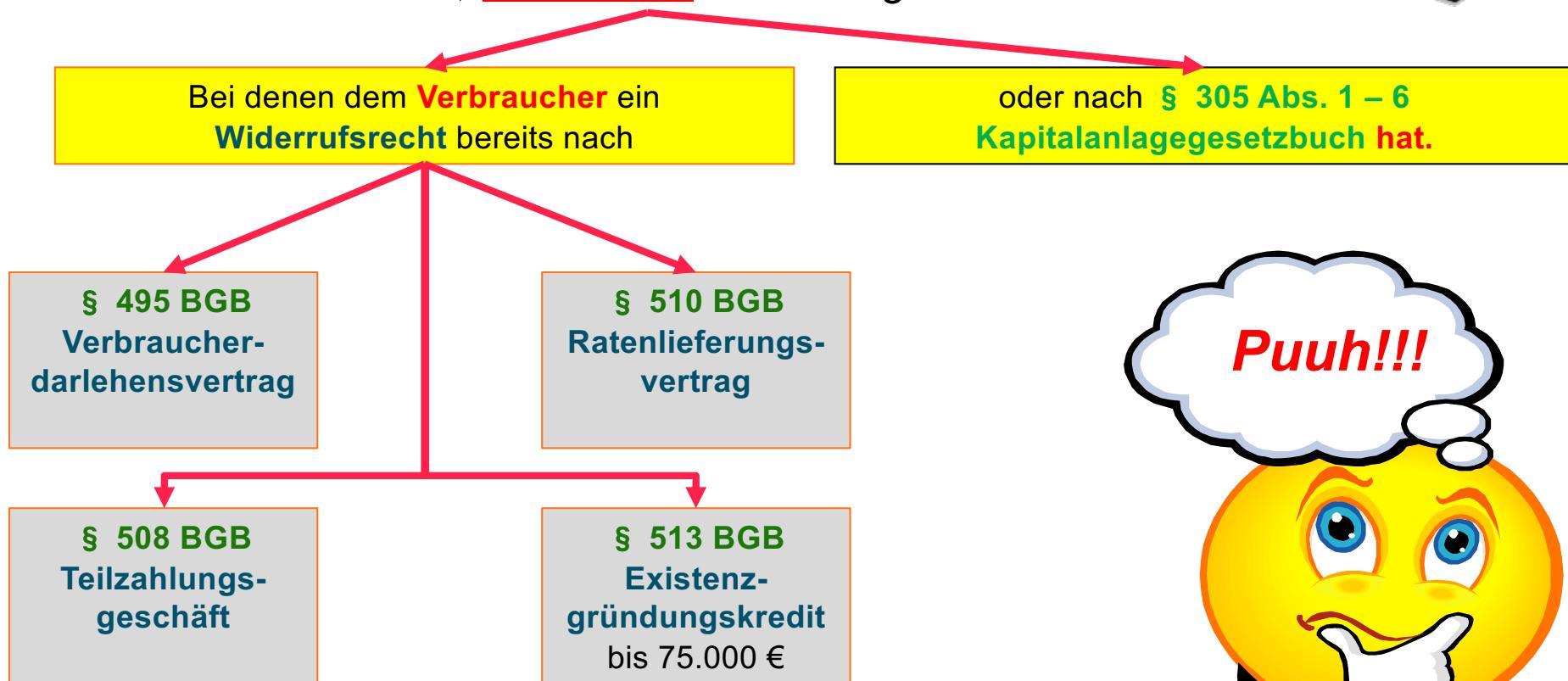
Das Widerrufsrecht besteht gem. § 312g Abs. 2 BGB, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, **schließlich auch nicht** bei

- Verträgen, bei denen **der Verbraucher den Unternehmer ausdrücklich aufgefordert hat, ihn aufzusuchen, um dringende Reparatur- oder Instandhaltungsarbeiten vorzunehmen**; dies gilt **nicht** hinsichtlich **weiterer** bei dem Besuch erbrachter Dienstleistungen, die der Verbraucher **nicht** ausdrücklich verlangt hat, oder hinsichtlich solcher bei dem Besuch gelieferter Waren, die bei der Instandhaltung oder Reparatur **nicht** unbedingt als Ersatzteile benötigt werden,
- Verträge zur Erbringung von **Wett- und Lotterieleistungen**, **es sei denn**, dass der Verbraucher seine Vertragserklärung **telefonisch** abgegeben hat **oder** der Vertrag **außerhalb von Geschäftsräumen** geschlossen wurde,
- Verträge die **notariell beurkundet** sind; dies gilt für Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen nur, wenn der Notar bestätigt, dass die Rechte des Verbrauchers aus § 312d Abs. 2 gewährt sind,



§ 312g BGB „Widerrufs- und Rückgaberecht“

Das Widerrufsrecht besteht gem. § 312g Abs. 3 BGB, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, **auch nicht** bei Verträgen



§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Die **Widerrufsfrist** beträgt **14 Tage**, und beginnt mit **Vertragsschluss**, soweit nichts anderes bestimmt ist, § 355 Abs. 2 BGB.



§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Die **Widerrufsfrist** beträgt **14 Tage**, und beginnt mit **Vertragsschluss**, soweit nichts anderes bestimmt ist, § 355 Abs, 2 BGB.



*Na da schaun wir
mal, dann sehn wir
schon!!!**



§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Die **Widerrufsfrist** beträgt **14 Tage**, und **beginnt mit Vertragsschluss**, soweit nichts anderes bestimmt ist, § 355 Abs. 2 BGB.

Die Widerrufsfrist **beginnt** bei **außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen** und **Fernabsatzverträgen** gem. § 356 Abs. 2 BGB

1. Bei einem
Verbrauchsgüterkauf

2. bei einem Vertrag, der die nicht in einem **begrenzten Volumen** oder in einer **bestimmten Menge** angebotene **Lieferung von Wasser, Gas oder Strom**, die Lieferung von **Fernwärme** oder die Lieferung von nicht auf einem körperlichen Datenträger befindlichen digitalen Inhalten zu Gegenstand hat, **mit Vertragsschluss**.

a) der nicht unter die Buchstaben **b) bis d)** fällt, sobald der Verbraucher oder ein von ihm benannter Dritter, der nicht Frachtführer ist, die **Ware erhalten hat**,

b) bei dem der Verbraucher **mehrere Waren im Rahmen einer einheitlichen Bestellung** bestellt hat (egal was und die Waren getrennt geliefert werden, sobald der Verbraucher oder ein von ihm benannter Dritter, der nicht Frachtführer ist, die **letzte Ware erhalten hat**,

c) bei dem die Ware in **mehreren Teilsendungen** oder **Stücken** geliefert wird (z.B. einzelne **Bände**), sobald der Verbraucher oder ein von ihm benannter Dritter, der nicht Frachtführer ist, die **letzte Teilsendung oder das letzte Stück erhalten hat**,

d) der auf die **regelmäßige Lieferung von Waren über einen festgelegten Zeitraum** gerichtet ist (z.B. **Wein, Kaminholz**), sobald der Verbraucher oder ein von ihm benannter Dritter, der nicht Frachtführer ist, die **erste Ware erhalten hat**,

§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Die **Widerrufsfrist** beträgt **14 Tage**, und beginnt mit **Vertragsschluss**, soweit nichts anderes bestimmt ist, § 355 Abs. 2 BGB.

Die Widerrufsfrist **beginnt** bei **außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen** und **Fernabsatzverträgen** gem. § 356 Abs. 3 BGB (s.o.).

Achtung: Die **Widerrufsfrist beginnt** gem. § 356 Abs. 3 BGB

nicht (gar nicht!!!),

bevor der Unternehmer den Verbraucher entsprechend den Anforderungen des **Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 EGBGB unterrichtet hat!**



Sie erinnern sich! (?)



IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Problem- und praxisorientierte Tipps für die Vertragsgestaltung

E-Commerce / Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr

Der **Unternehmer** muss dem **Verbraucher** - rechtzeitig **vor** Abgabe von dessen **Vertragserklärung** (**Artikel § 246a EGBGB**) - **folgende Informationen** zur Verfügung stellen:

1. die **wesentlichen Eigenschaften** der **Waren oder Dienstleistungen** in dem für das Kommunikationsmittel und für die Waren und Dienstleistungen angemessenen Umfang,
2. seine **Identität**, beispielsweise seinen **Handelsnamen**, sowie die Anschrift des Ortes, an dem er niedergelassen ist, seine **Telefonnummer und** gegebenenfalls seine Telefaxnummer und E-Mail-Adresse sowie gegebenenfalls die Anschrift und die Identität des Unternehmers, in dessen Auftrag er handelt,
3. zusätzlich zu den Angaben gemäß Nummer 2 die Geschäftsanschrift **des Unternehmers** und gegebenenfalls die Anschrift des Unternehmers, **in dessen Auftrag er handelt**, an die sich der Verbraucher mit jeder Beschwerde wenden kann, falls diese Anschrift von der Anschrift unter Nummer 2 abweicht,
4. den **Gesamtpreis** der Waren oder Dienstleistungen **einschließlich aller Steuern und Abgaben**, oder in den Fällen, in denen der Preis auf Grund der Beschaffenheit der Waren und Dienstleistungen vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden kann, die **Art der Preisberechnung sowie** gegebenenfalls alle **zusätzlichen Fracht-, Liefer- und Versandkosten und** alle **sonstigen Kosten**, oder in den Fällen, in denen diese Kosten vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden können, die Tatsache, dass solche zusätzlichen Kosten anfallen können,
5. im Falle eines **unbefristeten Vertrages** oder eines **Abonnement-Vertrages** den **Gesamtpreis**; dieser umfasst die **pro Abrechnungszeitraum anfallenden Gesamtkosten und**, wenn für einen solchen Vertrag Festbeträge in Rechnung gestellt werden, ebenfalls die **monatlichen Gesamtkosten**; wenn die Gesamtkosten vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden können, ist die Art der Preisberechnung anzugeben,
6. Die **Kosten** für den Einsatz **des für den Vertragsschluss genutzten Fernkommunikationsmittels**, **sofern** dem Verbraucher Kosten berechnet werden, die über die Kosten für die bloße Nutzung des Fernkommunikationsmittels **hinausgehen**,
7. die **Zahlungs-, Liefer- und Leistungsbedingungen**, den **Termin**, bis zu dem der Unternehmer die Waren liefern oder die Dienstleistung erbringen muss, und gegebenenfalls das Verfahren des Unternehmers zum Umgang mit Beschwerden,
8. das **Bestehen eines gesetzlichen Mängelhaftungsrechts für Waren**,
9. gegebenenfalls das **Bestehen und die Bedingungen von Kundendienst, Kundendienstleistungen und Garantien**,
10. gegebenenfalls **bestehende einschlägige Verhaltenskodizes** gemäß Artikel 2 Buchstabe f der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 11.6.2005, S. 22) **und wie Exemplare davon erhalten werden können**,
11. Gegebenenfalls die **Laufzeit des Vertrages oder die Bedingungen der Kündigung** unbefristeter Verträge und sich automatisch verlängernder Verträge,
12. gegebenenfalls die **Mindestdauer der Verpflichtungen**, die der Verbraucher mit dem Vertrag eingeht,
13. gegebenenfalls die Tatsache, dass der Unternehmer vom Verbraucher die **Stellung einer Kaution oder die Leistung anderer finanzieller Sicherheiten verlangen kann**, sowie **deren Bedingungen**,
14. gegebenenfalls die **Funktionsweise digitaler Inhalte**, einschließlich **anwendbarer technischer Schutzmaßnahmen** für solche Inhalte,
15. gegebenenfalls, soweit wesentlich, **Beschränkungen der Interoperabilität und der Kompatibilität digitaler Inhalte mit Hard- und Software**, soweit diese Beschränkungen dem Unternehmer bekannt sind oder bekannt sein müssen, und
16. gegebenenfalls, dass der Verbraucher ein **außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren**, dem der Unternehmer unterworfen ist, nutzen kann, und dessen Zugangsvoraussetzungen.

Soweit dem Verbraucher ein **Widerrufsrecht** nach § 312g Abs. 1 BGB zusteht, muss der Unternehmer den Verbraucher gemäß **Artikel 246a § 1 Abs. 2 EGBGB ferner**

1. über die **Bedingungen**, die **Fristen** und das **Verfahren** für die Ausübung des Widerrufsrecht nach § 355 Abs. 1 BGB sowie des ***Muster-Widerrufsformulars*** in der **Anlage 2** zu **Artikel 246a EGBGB**,
2. gegebenenfalls darüber, dass der Verbraucher im Widerrufsfall die **Kosten für die Rücksendung der Waren zu tragen hat**, **und** bei Fernabsatzverträgen **zusätzlich** über die Kosten für die Rücksendung der Waren, wenn die Waren auf Grund ihrer Beschaffenheit **nicht auf dem normalen Postweg zurückgesendet werden können**, und
3. darüber, dass der Verbraucher dem Unternehmer bei einem Vertrag über die **Erbringung von Dienstleistungen oder** über die **nicht in einem bestimmten Volumen oder in einer bestimmten Menge vereinbarte Lieferung** von Wasser, Gas Strom oder die Lieferung von Fernwärme einen angemessenen Betrag nach § 357 Abs. 8 BGB für die vom Unternehmer erbrachte Leistung schuldet, wenn der Verbraucher das Widerrufsrecht ausübt, nachdem er auf Aufforderung des Unternehmers von diesem ausdrücklich den Beginn der Leistung vor Ablauf der Widerrufsfrist verlangt hat

unterrichten!!!



§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Die **Widerrufsfrist** beträgt **14 Tage**, und beginnt mit **Vertragsschluss**, soweit nichts anderes bestimmt ist, § 355 Abs. 2 BGB.



§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Die **Widerrufsfrist** beträgt **14 Tage**, und beginnt mit **Vertragsschluss**, soweit nichts anderes bestimmt ist, § 355 Abs, 2 BGB.

*Und kann das
Widerrufsrecht
auch erlöschen!*



*Na da schaun wir
mal, dann sehn wir
schon!!!**



§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Die Widerrufsfrist beträgt **14 Tage**, und beginnt mit **Vertragsschluss**, soweit nichts anderes bestimmt ist, § 355 Abs. 2 BGB.

Die Widerrufsfrist **beginnt** bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und **Fernabsatzverträgen** gem. § 356 Abs. 2 BGB

Achtung: Die Widerrufsfrist beginnt gem. § 356 Abs. 2 BGB

nicht (gar nicht!),

bevor der Unternehmer den Verbraucher entsprechend den Anforderungen des Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 EGBGB unterrichtet hat!

Das **Widerrufsrecht erlischt grundsätzlich nach Ablauf der 14 Tage** Widerrufsfrist,

spätestens aber also auch bei nicht ordnungsgemäßer Information nach § 356 Abs. 3 S. 2 BGB

- **zwölf Monate und 14 Tage nach Vertragsschluss** bzw.
- **zwölf Monate und 14 Tage** nach einem der in § 356 Abs. 2 BGB bezeichnetem Zeitpunkte!



§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Das **Widerrufsrecht erlischt grundsätzlich nach Ablauf der 14**

Tage Widerrufsfrist,

spätestens also auch bei nicht ordnungsgemäßer Information nach

§ 356 Abs. 3 S. 2 BGB aber

- **zwölf Monate und 14 Tage nach Vertragsschluss** bzw.
- **zwölf Monate und 14 Tage** nach einem der in **§ 356 Abs. 2 BGB** bezeichnetem Zeitpunkte!

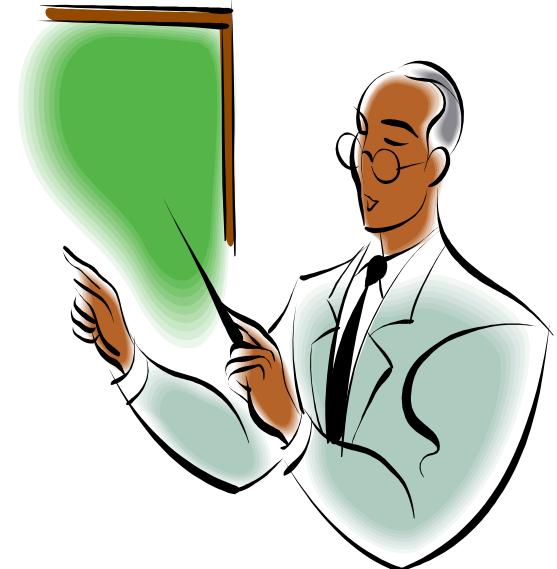
Das Widerrufsrecht **erlischt ferner**:

bei einem Vertrag **zur Erbringung von Dienstleistungen nach § 356 Abs. 4 S. 1 BGB** auch dann, wenn der Unternehmer die Dienstleistung **vollständig erbracht hat und** mit der Ausführung der Dienstleistung **erst begonnen hat**, nachdem der **Verbraucher** dazu seine **ausdrückliche Zustimmung** gegeben hat **und** gleichzeitig seine **Kenntnis davon bestätigt hat**, dass er sein Widerrufsrecht bei **vollständiger Vertragserfüllung** durch den Unternehmer verliert.

bei einem Vertrag über die Lieferung von **nicht auf einem körperlichen Datenträger befindlichen digitalen Inhalten** nach § 356 Abs. 5 BGB auch dann, wenn der Unternehmer **mit der Ausführung des Vertrages begonnen hat** nachdem der **Verbraucher**

ausdrücklich zugestimmt hat, dass der Unternehmer **mit der Ausführung des Vertrags vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnt, und**

seine Kenntnis davon bestätigt hat, dass er durch seine Zustimmung mit Beginn der Ausführung des Vertrages sein Widerrufsrecht verliert.



§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Die Widerrufsfrist beträgt **14 Tage**, und beginnt mit **Vertragsschluss**, soweit nichts anderes bestimmt ist, § 355 Abs. 2 BGB.

Die Widerrufsfrist **beginnt** bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und **Fernabsatzverträgen** gem. § 356 Abs. 2 BGB (s.o.).

Ist der Fristbeginn **streitig**, so trifft **die Beweislast** den **Unternehmer**, § 361 Abs. 3 BGB.



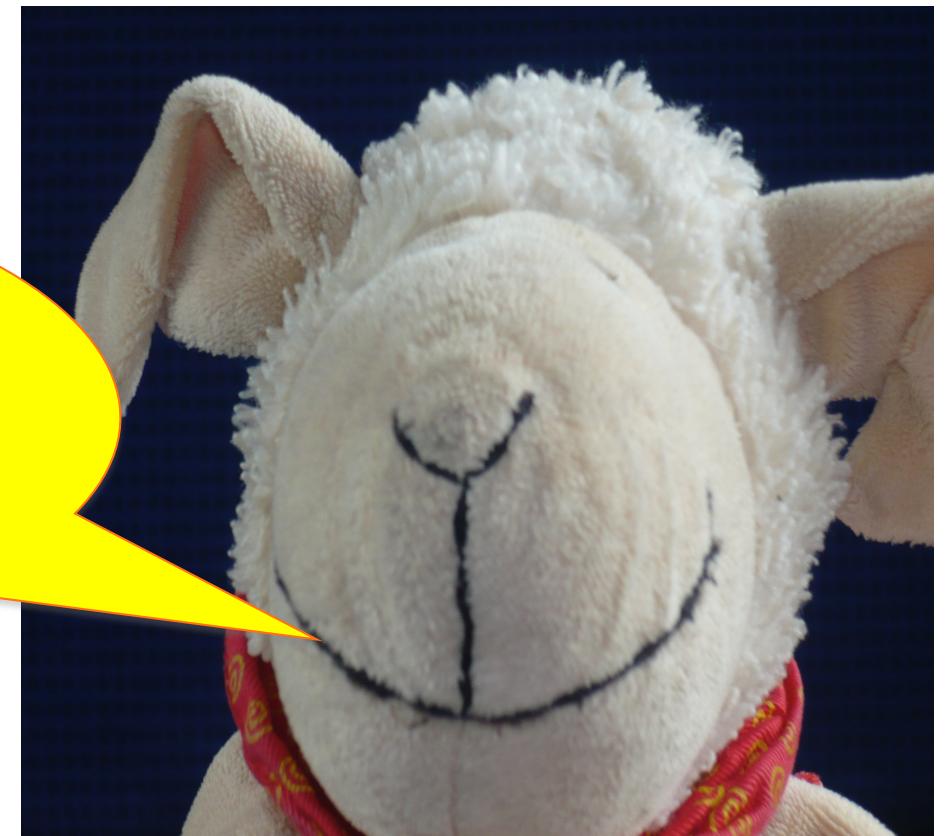
§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Die **Widerrufsfrist** beträgt **14 Tage**, und beginnt mit **Vertragsschluss**, soweit nichts anderes bestimmt ist, § 355 Abs. 2 BGB.



Schnellmerker!

*Die
Widerrufsbelehrung!*



„Widerrufsbelehrung“ § 356 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1
EGBGB

Der Unternehmer hat den Verbraucher über das **Bestehen** (oder Nichtbestehen) eines Widerrufsrecht sowie dessen **Ausgestaltung zu informieren**, Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 EBGB!

Die **Widerrufsbelehrung** muss gemäß § 356 Abs. 1 i.V.m. Art. 246a § 1 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB deutlich gestaltet sein und dem **Verbraucher** entsprechend den Erfordernissen des eingesetzten Kommunikationsmittels seine **wesentlichen Rechte deutlich machen**. Sie muss Folgendes enthalten:

1. einen **Hinweis** auf das **Recht zum Widerruf**,
2. einen **Hinweis** darauf, dass der Widerruf **keiner Begründung** bedarf,
3. den **Namen** und die **ladungsfähige Anschrift** desjenigen, **gegenüber dem** der Widerruf zu erklären ist, und
4. einen **Hinweis** auf **Dauer** und **Beginn** der **Widerrufsfrist** sowie darauf, dass **zur Fristwahrung** die **rechtzeitige Absendung** der **Widerrufserklärung** genügt.



§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

Die **Widerrufsfrist** beträgt **14 Tage**, und **beginnt mit Vertragsschluss**, soweit nichts anderes bestimmt ist, **§ 355 Abs. 2 BGB**.

Der Unternehmer kann dem Verbraucher die Möglichkeit einräumen, das

Muster-Widerrufsformular

nach **Anlage 2 zu Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 EGBGB oder**

eine **andere eindeutige Widerrufserklärung** auf der **Webseite des Unternehmers**

auszufüllen und zu übermitteln.

Die dem Verbraucher gemäß mitzuteilende **Widerrufsbelehrung** genügt den Anforderungen des § 356 Abs. 1 BGB und den diesen ergänzenden Vorschriften des EGBGB, wenn das **Muster der Anlage 1** zum EGBGB in **Textform** verwendet wird. Der Unternehmer darf in **Format** und **Schriftgröße** von dem Muster abweichen und Zusätze wie die **Firma** oder ein **Kennzeichen** des Unternehmens anbringen, mehr aber tunlichst nicht verändern.



§ 355 BGB „Widerrufsrecht“

***Also selbst ist der
Mann oder die
Frau!!!***







*Es dürfte aus
einschlägiger Erfahrung
einem Anbieter wohl nur
sehr selten gelingen eine
korrekte
Widerrufserklärung selbst
zu gestalten!!!*



*Deshalb lieber das
gesetzliche Muster-
Widerrufsformular
nach **Anlage 2** zu Art. 246a
§ 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1
EGBGB verwenden!!!*



Das kann dann z.B. so aussehen:





§ 356 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 EGBGB „Widerrufsbelehrung“ (Einmal-)Sachkauf

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag an dem Sie oder ein von Ihnen benannter Dritter, der nicht der Beförderer ist, die Waren in Besitz genommen haben bzw. hat.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns,

ABC GmbH
Bahnhofstraße 12
D 44137 Dortmund
Tel.: + 49 321 1234567-1
Fax: +49 321 1234567-11
E-Mail: abc_gmbh@t-online.de

mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigeigte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Ggf. zusätzlich:

Sie können das Musterwiderrufsformular oder eine andere eindeutige Erklärung auch auf unserer Webseite www.abc_gmbh.de elektronisch ausfüllen und übermitteln. Machen Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch, so werden wir Ihnen unverzüglich (z.B. per E-Mail) eine Bestätigung über den Eingang eines solchen Widerrufsrechts übermitteln.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurück-

zuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrages bei uns eingegangen ist.

Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anders vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Wir können die Rückzahlung verweigern, bis wir die Waren wieder zurück erhalten haben oder Sie den Nachweis erbracht haben, dass Sie die Waren zurückgesandt haben, je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist.

Sie haben die Waren unverzüglich und in jedem Fall spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag, an dem Sie uns über den Widerruf dieses Vertrages unterrichten, an uns zurückzusenden oder zu übergeben. Die Frist ist gewahrt, wenn Sie die Waren vor Ablauf der Frist von vierzehn Tagen absenden.

Sie tragen die unmittelbaren Kosten der Rücksendung der Waren.

Sie müssen für einen etwaigen Wertverlust der Waren nur aufkommen, wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang mit Ihnen zurückzuführen ist.

Ihre ABC GmbH

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Problem- und praxisorientierte Tipps für die Vertragsgestaltung

E-Commerce / Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr



§ 356 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 EGBGB „Widerrufsbelehrung“ „Dienstleistung“

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns,

ABC GmbH
Bahnhofstraße 12
D 44137 Dortmund
Tel.: + 49 321 1234567-1
Fax: +49 321 1234567-11
E-Mail: abc_gmbh@t-online.de

mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigeigte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Ggf. zusätzlich:

Sie können das Musterwiderrufsformular oder eine andere eindeutige Erklärung auch auf unserer Webseite www.abc_gmbh.de elektronisch ausfüllen und übermitteln. Machen Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch, so werden wir Ihnen unverzüglich (z.B. per E-Mail) eine Bestätigung über den Eingang eines solchen Widerrufsrechts übermitteln.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurück

zuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrages bei uns eingegangen ist.

Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anders vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu diesem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrages unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Ihre ABC GmbH



§ 356 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 EGBGB „Widerrufsbelehrung“ (Einmal-)Sachkauf & Dienstleistungen

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt bei Waren vierzehn Tage ab dem Tag an dem Sie oder ein von Ihnen benannter Dritter, der nicht der Beförderer ist, die Waren in Besitz genommen haben bzw. hat, **bei Dienstleistungen vierzehn Tage ab dem Tage des Vertragsschlusses**.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns,

*die ABC GmbH
Bahnhofstraße 12
D 44137 Dortmund
Tel.: + 49 321 1234567-1
Fax: +49 321 1234567-11
E-Mail: abc_gmbh@t-online.de*

mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigelegte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Ggf. zusätzlich:

Sie können das Musterwiderrufsformular oder eine andere eindeutige Erklärung auch auf unserer Webseite www.abc_gmbh.de elektronisch ausfüllen und übermitteln. Machen Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch, so werden wir Ihnen unverzüglich (z.B. per E-Mail) eine Bestätigung über den Eingang eines solchen Widerrufsrechts übermitteln.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurück-

zuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrages bei uns eingegangen ist.

Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anders vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Wir können die Rückzahlung verweigern, bis wir die Waren wieder zurück erhalten haben oder Sie den Nachweis erbracht haben, dass Sie die Waren zurückgesandt haben, je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist.

Sie haben die Waren unverzüglich und in jedem Fall spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag, an dem Sie uns über den Widerruf dieses Vertrages unterrichten, an uns zurückzusenden oder zu übergeben. Die Frist ist gewahrt, wenn Sie die Waren vor Ablauf der Frist von vierzehn Tagen absenden.

Sie tragen die unmittelbaren Kosten der Rücksendung der Waren.

Sie müssen für einen etwaigen Wertverlust der Waren nur aufkommen, wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang mit Ihnen zurückzuführen ist.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu diesem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrages unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Ihre ABC GmbH

*Sie können ... = Widerrufsbelehrung Waren;
... bei Dienstleistungen ... = Widerrufsbelehrung Dienstleistung;
... die = Eigenzusatz*

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Problem- und praxisorientierte Tipps für die Vertragsgestaltung

E-Commerce / Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr

§ 356 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 EGBGB „Widerrufsformular“

Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)

An:

ABC GmbH
Bahnhofstraße 12
D 44137 Dortmund
Tel.: + 49 321 1234567-1
Fax: +49 321 1234567-11
E-Mail: abc_gmbh@t-online.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*) / die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*)

Bestellt am (*) / erhalten am (*)

R2D2
Ewokallee 22
12345 Tatooine

Unterschrift des / der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)

Datum

(*) Unzutreffendes streichen.

§ 355 BGB „Widerrufsrecht“



***Und was passiert
jetzt???***



***Nun geht's
retour!!!***



§ 355 BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs“

Gemäß § 355 Abs. 3 S. 1 BGB sind im Falle des Widerrufs **die empfangenen Leistungen unverzüglich zurückzugewähren**.

Der Unternehmer trägt gem. § 355 Abs. 3 S. 3 BGB bei Widerruf die **Gefahr** der **Rücksendung der Waren**, d.h. gehen diese bei Rücksendung **zufällig verloren** oder werden sie **durch Dritte beschädigt**, **trägt der Unternehmer diesen Schaden**.

Bestimmt das Gesetz eine **Höchstfrist für die Rückgewähr**, so beginnt dies für den **Unternehmer** mit dem **Zugang** und den **Verbraucher** mit der **Abgabe der Willenserklärung**.



§ 355 BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs“



§ 355 BGB „Rechtsfolgen des Widerrufs“

*Nee, das Weitere
regelt für
Fernabsatzverträge
§ 357 BGB !!!*



§ 357 BGB Spezielle Rechtsfolgen des Widerrufs bei Fernabsatzverträgen

- Die empfangenen Leistungen gem. § 357 Abs. 1 BGB sind spätestens nach **14 Tagen zurückzugewähren**.
- Der Unternehmer muss gem. § 357 Abs. 2 BGB **auch etwaige Zahlungen des Verbrauchers für die Lieferung zurückgewähren**. Dies gilt nur dann nicht, soweit dem Verbraucher zusätzliche Kosten entstanden sind, weil er sich für eine andere Art der Lieferung als die vom Unternehmer angebotene günstigste Standardlieferung entschieden hat.
- Für die Rückzahlung muss der Unternehmer gem. § 357 Abs. 3 BGB **dasselbe Zahlungsmittel verwenden, das der Verbraucher bei der Zahlung verwendet hat**. Dies gilt nur dann nicht, soweit ausdrücklich etwas Anderes vereinbart worden ist und dem Verbraucher dadurch keine Kosten entstehen.
- Bei einem Verbrauchsgüterkauf kann der Unternehmer gem. § 357 Abs. 4 BGB **die Rückzahlung verweigern, bis er die Waren zurückerhalten hat oder der Verbraucher den Nachweis erbracht hat, dass er die Waren abgesandt hat**. Dies gilt nicht, wenn der Unternehmer angeboten hat, die Waren abzuholen.
- Der Verbraucher ist gem. § 357 Abs. 5 BGB **nicht verpflichtet, die empfangenen Waren zurückzusenden, wenn der Unternehmer angeboten hat, die Waren abzuholen**.



§ 357 BGB Spezielle Rechtsfolgen des Widerrufs bei
Fernabsatzverträgen

*Und was ist mit
den
Rücksendekosten
???*



§ 357 BGB **Spezielle** Rechtsfolgen des Widerrufs bei Fernabsatzverträgen

Der Verbraucher trägt gem. § 357 Abs. 6 S. 1 BGB die Kosten der Rücksendung der Waren, wenn der Unternehmer dies mit dem Verbraucher (z.B. in AGB) vereinbart hat und der Unternehmer den Verbraucher nach Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 EGBGB von dieser Pflicht unterrichtet hat.

Dies gilt gem. § 357 Abs. 6 S. 2 BGB **nicht**, wenn der Unternehmer sich bereit erklärt hat, **diese Kosten zu tragen**.

und Achtung:

Bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen, also insbesondere auch bei **Fernabsatzverträgen**, bei denen die Waren zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses zur Wohnung des Verbrauchers geliefert worden sind, ist der Unternehmer gem. § 357 Abs. 6 S.3 BGB verpflichtet, die Waren **auf eigene Kosten abzuholen, wenn die Waren so beschaffen sind, dass sie nicht per Post zurückgesandt werden können** (z.B. **Wasserbett**).



§ 357 BGB Spezielle Rechtsfolgen des Widerrufs bei
Fernabsatzverträgen



*Und wenn was
kaputt ist???*



§ 357 BGB Spezielle Rechtsfolgen des Widerrufs bei
Fernabsatzverträgen

*Na auch da schaun
wir mal, dann sehn
wir schon!!!*



§ 357 Abs. 7 BGB „Wertersatz bei Fernabsatzverträgen“

Bei Fernabsatzverträgen über die **Lieferung von Waren** hat der Verbraucher gemäß **§ 357 Abs. 7 BGB Wertersatz für Nutzungen** nach den Vorschriften über den gesetzlichen Rücktritt nur zu leisten,

- soweit er die Ware in einer Art und Weise genutzt hat, **die über die Prüfung der Beschaffenheit, der Eigenschaften und der Funktionsweise hinausgeht, und**
- wenn er zuvor vom Unternehmer auf diese Rechtsfolge **hingewiesen und** nach **Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 EGBGB** über sein Widerrufsrecht **belehrt** worden ist.



*

§ 357 Abs. 7 BGB „Wertersatz bei Fernabsatzverträgen“

Bei Fernabsatzverträgen über die **Lieferung von Waren** hat der Verbraucher gemäß **§ 357 Abs. 7 BGB Wertersatz für Nutzungen** nach den Vorschriften über den gesetzlichen Rücktritt nur zu leisten,

- soweit er die Ware in einer Art und Weise genutzt hat, **die über die Prüfung der Beschaffenheit, der Eigenschaften und der Funktionsweise hinausgeht**,



Stichwort:
Übermäßige Nutzung!!!

§ 357 Abs. 7 BGB „Wertersatz bei Fernabsatzverträgen“

Stichwort: Übermäßige Nutzung!!!



Die Nutzung muss über die Prüfung der Eigenschaften und Funktionsweise der Ware hinausgehen. Dies ist nicht beim **Ausprobieren** und **Testen** der Ware der Fall, wie es im Laden typisch ist. Dies gilt auch, wenn damit eine **Ingebrauchnahme der Ware** verbunden ist.

Da anders als im Laden Beratungs-, Vergleichs- oder Vorführmöglichkeiten fehlen, darf der Verbraucher sogar intensiver als im Laden testen und schuldet sogar dann keinen Wertersatz, wenn die Ware durch die Prüfung einen **vollständigen Wertverlust** erleidet, wie z.B. beim Aufbau von Möbel oder beim Befüllen eines **Wasserbetts!***



§ 357 BGB „Wertersatz bei Fernabsatzverträgen“

Bei Fernabsatzverträgen über **Dienstleistungen** hat der Verbraucher Wertersatz für die erbrachte Dienstleistung gem. § 357 Abs. 8 BGB

- wenn er vom Unternehmer **verlangt hat**, dass dieser **mit der Leistung vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnt**,
- der Unternehmer nach **Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und 3 EGBGB** ordnungsgemäß informiert hat, dass er einen **angemessenen Betrag für die erbrachte Dienstleistung schuldet, wenn der Unternehmer vor Ablauf der Widerrufsfrist mit der Leistung beginnt** und
- der **Verbraucher** sein Verlangen auf einem **dauerhaften Datenträger übermittelt hat**.



§ 357 BGB „Wertersatz bei Fernabsatzverträgen“

Bei Fernabsatzverträgen über **Dienstleistungen** hat der Verbraucher Wertersatz für die **erbrachte Dienstleistung** gem. **§ 357 Abs. 8 BGB**

Bei der **Berechnung des Wertersatzes** ist gem. **§ 357 Abs. 8 S. 4 BGB** der **vereinbarte Gesamtpreis** zu Grunde zu legen. Ist der **vereinbarte Gesamtpreis unverhältnismäßig**, **ist der Wertersatz auf der Grundlage des Marktwertes der erbrachten Leistung zu berechnen.**



§ 357 BGB „Wertersatz bei Fernabsatzverträgen“

Bei Fernabsatzverträgen über **Dienstleistungen** hat der Verbraucher Wertersatz für die **erbrachte Dienstleistung** gem. **§ 357 Abs. 8 BGB**

Widerruft der Verbraucher einen Vertrag über die Lieferung von nicht auf einem körperlichen Datenträger befindlichen digitalen Inhalten*, so hat er gem. **§ 357 Abs. 9 BGB keinen Wertersatz** zu leisten.



Deshalb ist bei solchen Leistungen vom Unternehmer in seinem eigenen Interesse dem Verbraucher ein **Hinweis** im Sinne des **§ 312f Abs. 3 BGB** zu erteilen, der **nach Zustimmung des Verbrauchers** mit dieser Vorgehensweise dazu führt, dass er **sein Widerrufsrecht verliert!**

*Das Nächste
kennen wir schon
von anderer
Stelle!!!*



§ 361 BGB „Weitere Ansprüche Abweichende Vereinbarungen und Beweislast“

Über die Vorschriften die vorstehend aufgeführten Ansprüche **hinaus, bestehen keine weiteren Ansprüche gegen den Verbraucher infolge des Widerrufs, § 361 Abs. 1 BGB!**



Dumm
gelaufen!!!



Von diesen Vorschriften darf, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, **nicht zum Nachteil des Verbrauchers oder Kunden abgewichen werden, § 361 Abs. 1 S.2 BGB!**

Die Vorschriften finden, soweit nichts anderes bestimmt ist, **auch Anwendung, wenn sie durch anderweitige Gestaltungen umgangen werden, § 361 Abs. 1 S.3 BGB!**



oder: Wir machen uns
doch die Hose nicht mit
der Kneifzange zu!!!



***Geht's vielleicht
auch ein bisschen
übersichtlicher?***



Nicht so richtig!!!

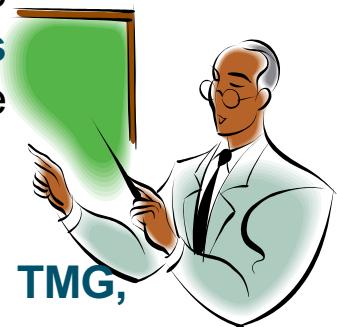


Eine Überprüfung ob die entsprechenden Vorschriften **ordnungsgemäß umgesetzt** worden sind, erfordert ferner eine Überprüfung ob die entsprechenden Regelungen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben **transparent** umgesetzt worden sind.

Als Maßstab hierfür kann das vom EuGH* im Wettbewerbsrecht entwickelte Leitbild des **durchschnittlich informierten und verständigen Verbrauchers** dienen, der unter Berücksichtigung der Besonderheiten des E-Commerce die **benötigten Informationen selbst erfragen bzw. herausfinden muss**.

Schlagworte sind hierbei:

- **leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar, § 5 Abs. 1 TMG,**
- **ermöglichen einer schnellen elektronischen Kontaktaufnahme und unmittelbaren Kommunikation, § 5 Abs. 1 Nr. 2 TMG,**
- **klar erkennbar, klar identifizierbar, leicht zugänglich sowie klar und unzweideutig angegeben, § 6 Abs. 1 TMG,**
- **in einer dem Fernkommunikationsmittel angepassten Weise, lesbar, klar und verständlich, Artikel 246a EGBGB,**
- **klar und deutlich, klar und verständlich in hervorgehobener Weise, § 312j Abs. 1 + Abs. 2 BGB.**

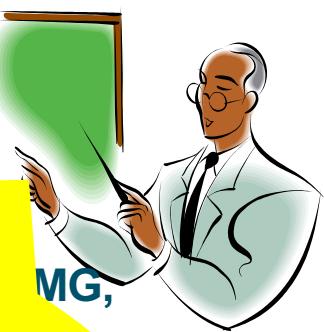


Eine Überprüfung ob die entsprechenden Vorschriften **ordnungsgemäß umgesetzt** worden sind, erfordert ferner eine Überprüfung ob die entsprechenden Regelungen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben **transparent** umgesetzt worden sind.

Als Maßstab hierfür kann das vom EuGH* im Wettbewerbsrecht entwickelte Leitbild des **durchschnittlich informierten und verständigen Verbrauchers** dienen, der unter Berücksichtigung der Besonderheiten des E-Commerce die **benötigten Informationen** ~~so~~ **sofort** ~~zu~~ **zuverlässig** ~~und~~ **transparent** ~~und~~ **muss**.

Schlagworte sind:

- leicht erreichbar
 - erreichbar
 - ~~zuverlässig~~
 - ~~transparent~~
- Vor diesem Hintergrund sollte man dem Aufbau eines Web-Shops, insbesondere den Zugriffsmöglichkeiten des Kunden auf die benötigten Informationen große Beachtung schenken!**



- klar
 - 1 + Abs.
- Die entsprechenden Informationen sollten übersichtlich dargestellt und jederzeit einfach und leicht erreichbar sein!**

Eine Überprüfung ob die entsprechenden Vorschriften **ordnungsgemäß umgesetzt** worden sind, erfordert ferner eine Überprüfung ob die entsprechenden Regelungen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben **transparent** umgesetzt worden sind.

Je **genauer die Bezeichnung für die dahinter stehende gesetzlich geforderte Information** und **je kürzer die Verweiskette dahin**, desto eher genügt der Unternehmer den Anforderungen des **Transparenzgebots!**



Auf jeden Fall sollten auf **jeder** Seite des Web-Shops **Menüleisten** eingebaut sein, die **mit präzisen Begriffen die geforderten Informationen abrufbar machen!**

[Impressum](#) [AGB](#) [Lieferung](#) [Zahlung](#) [Versandkosten](#) [Datenschutz](#) [Disclaimer](#) [Widerrufsrecht](#)

E-Commerce kann Freude bringen!???

Aber nur
wenn man
weiss wie
es geht!!!



IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Problem- und praxisorientierte Tipps für die Vertragsgestaltung

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit

Rechtsanwalt Prof. Wolfgang Müller

Fachanwalt für Informationstechnologierecht
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht
Schlichter / Schiedsrichter nach SOBau
Honorarprfessor der Technischen Universität
Dortmund und
Lehrbeauftragter der Fachhochschule Dortmund

Schlüter Graf Rechtsanwälte PartG mbB, Dortmund / Hamburg / Dubai